

**Band 1
der Schriftenreihe des
Verbandes Deutscher
Rentenversicherungsträger, Frankfurt**



Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung

Festschrift aus Anlaß
des 100jährigen Bestehens
der gesetzlichen
Rentenversicherung

Im Auftrag des Vorstandes
des Verbandes Deutscher
Rentenversicherungsträger (VDR)

Herausgegeben von
Prof. Dr. Franz Ruland, Frankfurt



Luchterhand

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung:
Festschrift aus Anlass des 100jährigen Bestehens der
gesetzlichen Rentenversicherung /
im Auftr. d. Vorstandes d. Verb. Dt. Rentenversicherungsträger (VDR)
hrsg. von Franz Ruland. –
Neuwied : Luchterhand, 1990
(Band . . . der Schriftenreihe des Verbandes
Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt; 1)
ISBN 3-472-00068-6
NE: Ruland, Franz [Hrsg.];
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger:
Schriftenreihe des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger

Zitiervorschlag: *Rückert* in: HDR, 1 Rz. 1 ff.

Alle Rechte vorbehalten.

© 1990 by Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Frankfurt/Main.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Lektorat: Hans-Helmut Ludwig, Neuwied

Schutzumschlag und Einband: Norbert Breidenstein, Wiesbaden

Satz: Fotosatz Froitzheim, Bonn

Druck: Druck- u. Verlags-Gesellschaft mbH, Darmstadt

Printed in Germany, Oktober 1990.

Vorwort

Im Herbst 1990 wird die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland 100 Jahre alt. Am 22. 6. 1889 wurde das »Gesetz betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung« verabschiedet. Es trat am 1. 1. 1891 in Kraft. Die Träger der Rentenversicherung – anfangs waren es 31 Landesversicherungsanstalten – sind bereits etwas früher gegründet worden, zumeist im Herbst 1890, um die Umsetzung des neuen Rechts in die Praxis zu gewährleisten.

Die ersten 100 Jahre der Rentenversicherung waren eine politisch sehr bewegte Zeit. Sie beginnt mit dem Kaiserreich, deckt die Zeit der Weimarer Republik und des »Dritten Reichs« ab, umfaßt die 40 Jahre Spaltung in die Bundesrepublik und in die DDR und endet mit der Aussicht, daß diese beiden Teile Deutschlands wieder zusammenwachsen. In diesen 100 Jahren waren zwei Kriege und zwei Inflationen mit all ihren Folgen zu überstehen und zu überwinden. Die letzten 40 Jahre waren im Westen durch den Wiederaufbau und den trotz einiger Rückschläge steten wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet. Am Ende der ersten 100 Jahre steht nicht nur die Hoffnung, daß die beiden Teile Deutschlands wieder ein Staat werden, auch Europa ist dabei, sich zu einem Binnenmarkt mit »sozialer Dimension« zusammenzuschließen.

Das System der Rentenversicherung hat sich in dieser politisch sehr bewegten Zeit bewährt. Das Rentenversicherungsrecht ist zwar ständig geändert worden, mehr als 150mal. Aber trotz dieser vielen Änderungen im Detail gab es eine Kontinuität im System. Es wurde zudem, auch wenn es wegen der politischen Rahmenbedingungen gelegentlich Rückschläge gab, stetig verbessert und ausgeweitet. Einen ganz entscheidenden Schritt nach vorne brachte die Rentenreform 1957. Mit ihr wurde die dynamische Rente eingeführt. Sie läßt die Rentner am steigenden Wohlstand der Gesellschaft teilhaben und hat weitgehend die Altersarmut beseitigt.

Die 1989 verabschiedete Rentenreform '92 bewahrt dieses System. Sie paßt es aber mit einer Vielzahl von Maßnahmen an die sich ändernden wirtschaftlichen, sozialen und vor allem demographischen Rahmenbedingungen an. Sie hat zudem der Rentenversicherung mit dem 6. Buch des Sozialgesetzbuchs einen neuen und erstmals einheitlichen rechtlichen Rahmen gegeben. Die Rentenversicherung geht somit gut gerüstet in ihr zweites Jahrhundert.

Das neue Recht darzustellen, ist Aufgabe dieses Handbuchs. Eine vergleichbare Darstellung fehlte zum bisherigen Recht. Nach der Reform sollte diese Lücke schon rechtzeitig vor ihrem Inkrafttreten geschlossen werden. Damit haben alle Interessierten die Möglichkeit, sich schon jetzt umfassend über das neue Recht zu informieren. Wegen der Kontinuität im System war es eine sachliche Notwendigkeit und durch den Anlaß zusätzlich geboten, auch der geschichtlichen Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung einen eigenen Abschnitt einzuräumen. Die die Selbstverwaltung vor allem tragenden Sozialpartner bewerten die sozialpolitische Bedeutung der Rentenversicherung. Weitere Abschnitte

handeln von den Beziehungen, die sich daraus ergeben, daß die Rentenversicherung Teil der gesellschaftlichen Ordnung und Teil eines Gesamtsystems sozialer Alterssicherung ist. Aus ganz aktuellem Anlaß ist ein Beitrag zum »deutsch-deutschen« Rentenversicherungsrecht hinzugekommen. Ergänzt um Beiträge zur Mathematik und Statistik will dieses Handbuch einen geschlossenen Überblick über das Recht und die Institution Rentenversicherung vermitteln.

Der Vorstand des VDR, der Herausgeber und die Autoren wollen damit zugleich einen Beitrag zur Feier des 100jährigen Bestehens der Rentenversicherung leisten.

DR. W. DOETSCH

A. SCHMIDT †

DR. R. KOLB

PROF. DR. F. RULAND

Autorenverzeichnis

- BERGNER, LUDWIG Dr., Erster Direktor der LVA Oberbayern, München
- BIRK, DIETER Prof. Dr., Universität, Münster
- DEDERER, RUDOLF Leitender Verwaltungsdirektor, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- DOETSCH, WERNER Dr., Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, alternierender Vorsitzender des Vorstandes des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Köln
- EICHENHOFER, EBERHARD Prof. Dr., Universität, Osnabrück
- FUCHS, MAXIMILIAN Prof. Dr., Universität, Bamberg
- GLEITZE, WILFRIED Direktor der LVA Westfalen, Münster
- GRANDI, WERNER Dr., Erster Direktor der LVA Ober- und Mittelfranken, Bayreuth
- GRINTSCH, ULRICH Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- HANNEMANN, KLAUS Leitender Verwaltungsdirektor bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
- HEINE, WOLFGANG Dr., Leitender Verwaltungsdirektor, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- HERMANN, CHRISTOPHER Dr., Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- HOCKERTS, HANS GÜNTER Prof. Dr., Institut für Neuere Geschichte der Universität, München
- HORSCH, HEINER Direktor der LVA Rheinprovinz, Düsseldorf
- HÜTTENMEISTER, PETER Leiter der Abteilung Sozialpolitik in der Hauptverwaltung der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Hannover
- KALTENBACH, HELMUT Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
- KLÄSSER, WILFRIED Leitender Verwaltungsdirektor, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Würzburg
- KÖHLER, PETER A. Dr., Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, München
- KOLB, RUDOLF Dr., Erster Direktor und Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main

- LAUFER, HANS Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
- LUEG, HEINZ-WERNER Direktor der Bundesknappschaft, Bochum
- MAIER, KURT Prof. Dr., Erster Direktor der LVA Braunschweig, Braunschweig
- MAYDELL, BERND BARON VON Prof. Dr., Institut für Arbeitsrecht und Recht der Sozialen Sicherheit der Universität, Bonn
- MICHAELIS, KLAUS Abteilungsdirektor, Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
- MOSER, ROLAND Bundesknappschaft, Bochum
- MÜLLER, HORST-WOLF Direktor, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- QUARTIER, WALTER Stellvertretender Vorsitzender im DAG-Bundesvorstand, alternierender Vorsitzender des Vorstandes der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Hamburg
- REHFELD, UWE Leitender Verwaltungsdirektor, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- RISCHE, HERBERT Dr., Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
- RÜCKERT, JOACHIM Prof. Dr., Universität, Hannover
- RULAND, FRANZ Prof. Dr., Direktor und Stellvertretender Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- SCHAUB, EBERHARD Direktor, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- SCHMÄHL, WINFRIED Prof. Dr., Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung, Zentrum für Sozialpolitik Universität Bremen
- SCHMIDT, ALFRED † Abteilungsdirektor im DGB-Bundesvorstand, alternierender Vorsitzender des Vorstandes des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Düsseldorf
- SCHMIDT, WOLFGANG Verwaltungsdirektor, Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin
- SEIDEL, EHRENTAUD Leitende Verwaltungsdirektorin, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- WALLERATH, MAXIMILIAN Dr. Privatdozent, Leiter des Studieninstituts für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln
- WEBER-FALKENSAMMER, HARTMUT Prof. Dr., Direktor der Abteilung Sozialmedizin, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main
- WOLF, HANS-DIETER Dr., Direktor der LVA Hessen, Frankfurt am Main
- WOLFF, GERHARD Direktor der LVA Hannover, Hannover

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XXXV

I. Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung

1. Entstehung und Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung
– Prof. Dr. Joachim Rückert, Hannover – 1
2. Entwicklungslinien der 100jährigen Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung: Die Zeit von 1891–1957
– Dr. Peter A. Köhler, München – 51
3. Die Rentenreform 1957
– Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, München – 93
4. Die Zeit von 1957–1991
– Dr. Christopher Hermann, Bonn – 105
5. Die Rentenreform 1992
– Dr. Wolfgang Heine, Frankfurt/Main – 141
6. Die deutsche Entwicklung im internationalen Vergleich
– Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer, Osnabrück – 171
7. Zukunftsperspektiven der Rentenversicherung
– Dr. Rudolf Kolb, Frankfurt/Main – 189

II. Die sozialpolitische Bedeutung der Rentenversicherung

8. Die sozial- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Rentenversicherung aus der Sicht der Arbeitgeber
– Dr. Werner Doetsch, Köln – 223
9. Die sozialpolitische Bedeutung der Rentenversicherung aus der Sicht der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
– Walter Quartier, Hamburg – 253

- | | |
|--|-----|
| 10. Die sozialpolitische Bedeutung der Rentenversicherung aus
Sicht des DGB | 267 |
| – Alfred Schmidt, Düsseldorf – | |

III. Die Rentenversicherung als Teil der gesellschaftlichen Ordnung

- | | |
|--|-----|
| 11. Rentenversicherung und Verfassungsrecht | 281 |
| – Privatdozent Dr. Maximilian Wallerath, Köln – | |
| 12. Rentenversicherung und Zivilrecht | 325 |
| – Prof. Dr. Maximilian Fuchs, Bamberg – | |
| 13. Rentenversicherung und Steuerrecht | 347 |
| – Prof. Dr. Dieter Birk, Münster – | |
| 14. Gesetzliche Rentenversicherung und Volkswirtschaft | 357 |
| – Prof. Dr. Winfried Schmähl, Bremen – | |
| 15. Rentenversicherung und Gesundheitswesen | 389 |
| – Prof. Dr. Hartmut Weber-Falkensammer, Frankfurt/Main – | |

IV. Die Rentenversicherung als Teil des Gesamtsystems sozialer Alterssicherung

- | | |
|--|-----|
| 16. Die Rentenversicherung als Teil der öffentlichen
<u>Alterssicherung</u> | 411 |
| – Prof. Dr. Bernd <u>Baron von Maydell</u> , Bonn – | |
| 17. Die Rentenversicherung im Konzept der »Drei-Säulen« | 425 |
| – Helmut Kaltenbach, Berlin – | |
| 18. Die Rentenversicherung als Teil der Sozialversicherung | 451 |
| – Wilfried Gleitze, Münster | |

V. Das Rentenversicherungsrecht

- | | |
|--|-----|
| 19. Die Grundprinzipien des Rentenversicherungsrechts | 481 |
| – Prof. Dr. Franz Ruland, Frankfurt/Main – | |
| 20. Der versicherte Personenkreis | 525 |
| – Gerhard Wolff, Hannover – | |
| 21. Die gesicherten Risiken | 563 |
| – Ehrentraud Seidel, Frankfurt/Main – | |
| 22. Die <u>Rehabilitation</u> in der Rentenversicherung | 601 |
| – Eberhard Schaub, Frankfurt/Main – | |
| 23. Die <u>rentenrechtlichen</u> Zeiten und die <u>Wartezeit</u> . | 645 |
| – Dr. Werner <u>Grandi</u> , Bayreuth – | |

24. Die Rentenberechnung, Rentenzahlung, Rentenanpassung – Klaus Michaelis, Berlin –	695
25. Das Fremdretenrecht – Roland Moser, Bochum –	737
26. Die Krankenversicherung der Rentner – Hans Laufer, Berlin –	775
27. Der Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung – Dr. Ludwig Bergner, München –	797
28. Die Besonderheiten der knappschaftlichen Rentenversicherung – Heinz-Werner Lueg, Bochum –	845
29. Internationales Rentenrecht – Klaus Hannemann, Berlin –	869
30. Die Kindererziehungsleistung – Wolfgang Schmidt, Berlin –	907
31. Der Rentenbescheid – Heiner Horsch, Düsseldorf –	915
32. Die Finanzierung der Rentenversicherung – Dr. Herbert Rische, Berlin –	961
33. Das Beitragsrecht – Rudolf Dederer, Ulrich Grintsch, Frankfurt/Main –	995
34. Der Finanzausgleich in der Rentenversicherung – Dr. Hans-Dieter Wolf, Frankfurt/Main –	1023

VI. Die Verwaltung

35. Die Versicherungsträger: Zuständigkeit, Organisation und Verwaltungsablauf – Prof. Dr. Kurt Maier, Braunschweig –	1043
36. Datenverarbeitung, Datensicherung und Datenschutz in der Rentenversicherung – Wilfried Klässer, Würzburg –	1069

VII. Mathematik und Statistik

37. Mathematische Aspekte der Rentenversicherung – Horst-Wolf Müller, Frankfurt/Main –	1087
38. Die Rentenversicherung im Spiegel der Statistik – Uwe Rehfeld, Frankfurt/Main –	1111

VIII. Anhang

39. Das deutsch-deutsche Rentenversicherungsrecht – Peter Hüttenmeister, Hannover –	1159
--	------

Stichwortverzeichnis	1169
-----------------------------	------

Abkürzungsverzeichnis

A	Anordnung
a.	auch
a. A.	anderer Ansicht
a.a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	anderer Meinung
aB	allgemeine Bemessungsgrundlage
ABA	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung; Zeitschrift »Arbeit, Beruf und Arbeitslosenhilfe«
Abg.	Abgeordneter
abgedr.	abgedruckt
AbgO	Reichsabgabenordnung
Abk.	Abkommen
abl.	ablehnend
ABL.	Amtsblatt
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
Abs.	Absatz
ABV	Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungswerke
abw.	abweichend
AcP	Zeitschrift »Archiv für civilistische Praxis«
AdAnpG	Adoptionsanpassungsgesetz
ADV	Allgemeine Datenverarbeitung (Arbeitsgruppe)
AEVO	Verordnung über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer
AFET	Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AfK	Zeitschrift »Archiv für Kommunalwissenschaften«
AFKG	Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz
AfS	Zeitschrift »Archiv für Sozialgeschichte«
AFuU	Anordnung über die individuelle Förderung der Fortbil- dung und Umschulung
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht; Ausführungsgesetz
AGJ	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
AgrarR	Zeitschrift »Agrarrecht«
AH	Altershilfe
AHB	Anschlußheilbehandlung
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung
AKG	Allgemeines Kriegsfolgendengesetz
AktG	Aktiengesetz
AKV	Allgemeine Krankenversicherung

AK-GG	Kommentar zum Grundgesetz – Reihe Alternativkommentare, 1984 (hrsg. von Wassermann)
Alg	Arbeitslosengeld
Alhi	Arbeitslosenhilfe
AlhiVO	Arbeitslosenhilfeverordnung
allg.	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
Alt.	Alternative
AMBl.	Amtsblatt des bayerischen Arbeitsministeriums
AMLVA RhPr	Amtliche Mitteilungen der LVA Rheinprovinz
amtl.	amtlich
Amtl. Mitt.	
LVA Rhpr.	Amtliche Mitteilungen der LVA Rheinprovinz
AN	Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit
ÄndG	Änderungsgesetz
Anh.	Anhang
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnrV	Anrechnungs-Verordnung
AnV	Angestelltenversicherung
AnVNG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AnwBL.	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung, Anordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AöR	Zeitschrift »Archiv des öffentlichen Rechts«
AP	Arbeitsrechtliche Praxis, Nachschlagewerk des BAG
APFG	Ausbildungsplatzförderungsgesetz
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGeb	Zeitschrift »Der Arbeitgeber«
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbPlSchG	Arbeitsplatzschutzgesetz
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung
ArbuSozPol.	Zeitschrift »Arbeit und Sozialpolitik«
ArbuSozR	Zeitschrift »Arbeits- und Sozialrecht«
ArbVers.	Zeitschrift »Die Arbeiterversorgung«
ArchsozArb.	Zeitschrift »Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit«
ArchsozGes	Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 1888 ff.
AReha	Anordnung über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter
ArEV	Arbeitsentgeltverordnung
ARS	Arbeitsrechtssammlung – Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, der Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte
ARSP	»Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie«
Art.	Artikel
ArV	Arbeiterrentenversicherung
ArVNG	Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
ARW	Aktueller Rentenwert

ASEG	Agrarsoziales Ergänzungsgesetz
ASG	Agrarsoziale Gesellschaft
ASiG	Arbeitssicherheitsgesetz
AT	Allgemeiner Teil
AU	Arbeitsunfall
AuB	Zeitschrift »Arbeit und Beruf«
AufbauG	Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung
AufbauVO	Verordnung zum Aufbau der Sozialversicherung
Aufl.	Auflage
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AuR	Zeitschrift »Arbeit und Recht«
AuS	Zeitschrift »Arbeit und Sozialpolitik«
ausf.	ausführlich
AusfG	Ausführungsgesetz
AusfVO	Ausführungsverordnung
AuslG	Ausländergesetz
AuS-Ausschuß	Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
AV	Angestelltenversicherung
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
AVU-Rente	Rente für Arbeitsverwendungsunfähige (§ 89 Wehrmachtsfürsorge- und -versorgungG)
Az.	Aktenzeichen
AZO	Arbeitszeitordnung
BA	Bundesanstalt für Arbeit
BA.-Wü.	Baden-Württemberg
BABl.	»Bundesarbeitsblatt«
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAfU	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger
BÄO	Bundesärzteordnung
BAR	Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
Barwert-VO	Barwert-Verordnung
BAT	Bundesangestelltentarif
Bay. AGSGB	Bayerisches Gesetz zur Ausführung des SGB
BayDSG	Bayerisches Datenschutzgesetz
BayGDG	Bayerisches Gesundheitsdienstgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVBl.	»Bayerische Verwaltungsblätter«
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Zeitschrift »Der Betriebs-Berater«
BBahnG	Bundesbahngesetz
BBauBl.	»Bundesbaublatt«

BBergG	Bundesberggesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände
Bde.	Bände
BDKJ	Bund der Deutschen Katholischen Jugend
BDO	Bundesdisziplinarordnung
BdO	Bundesverband der Ortskrankenkassen
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVAnw	Beamtenversorgungsanwartschaft
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeamtV-GÄndG	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz/Änderungsgesetz)
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Begr.	Begründung
BehindR	Zeitschrift »Behindertenrecht«
Beil.	Beilage
BeitrAB	»Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung«
Beiträge	Zeitschrift »Die Beiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung«
Bek.	Bekanntmachung
BemVO	Bemessungsverordnung
Ber.	Bericht
ber.	berichtigt
BerlinFG	Berlinförderungsgesetz
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
bes.	besonders
BeschFG	Beschäftigungsförderungsgesetz
Beschl.	Beschluß
Bespr.	Besprechung
betr.	betreffend
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
Bev.	Bevollmächtigter
BewG	Bewertungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BfAEG	Gesetz über die Errichtung der BfA
BfD	Bundesbeauftragter für den Datenschutz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG	Berufsgenossenschaft; Zeitschrift »Die Berufsgenossenschaft«

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt.	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGSG	Bundesgrenzschutzgesetz
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BillBG	Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung
BK	Berufskrankheit
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BKK	Betriebskrankenkasse; Zeitschrift »Die Betriebskrankenkasse«
BKn	Bundesknappschaft
BKnEG	Bundesknappschaft-Errichtungsgesetz
BKVO	Berufskrankheitenverordnung
BldW	»Blätter der Wohlfahrtspflege«
BIGBW	»Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht«
Bln.	Berlin
BlStSozArbR	»Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht«
BMA	Bundesmin. für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	Bundesmin. für Bildung und Wissenschaft
BMF	Bundesmin. der Finanzen
BMFT	Bundesminister für Forschung und Technologie
BMI	Bundesmin. des Innern
BMJ	Bundesmin. der Justiz
BMJFFG	Bundesmin. für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
BMJFG	Bundesmin. für Jugend Familie und Gesundheit
BML	Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	Bundesmin. für Wirtschaft
BochKomm.	Bochumer Kommentar zum Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil, 1979 (hrsg. von Wertenbruch)
BPersVG	Bundespersönlichkeitsgesetz
BPfIVO	Bundespflanzengesetzverordnung
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
BRÄK-Mitt.	»BRÄK-Mitteilungen« (früher Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BReg.	Bundesregierung
Breith.	Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht, begründet von Hermann Breithaupt
BRKG	Bundesreisekostengesetz
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BRS	Baurechtssammlung
BR-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BSchAV	Berufsschadensausgleichsverordnung

BSeuchG	Bundes-Seuchengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BSP	Bruttosozialprodukt
BStBl.	»Bundessteuerblatt«
BT	Bundestag
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BT-Prot.	Bundestagsprotokoll
Buchst.	Buchstabe
Bukn	Bundesknappschaft
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BU-Rente	Berufsunfähigkeitsrente
BVA	Bundesversicherungsamt
BVAG	Bundesversicherungsamts-gesetz
BVBl.	»Bundesversorgungsblatt«
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BVG-VV	Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Bundesversorgungsgesetz
BZ	Beitragszeit(en)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christliche Demokratische Union
CMLRev.	Zeitschrift »Common Market Law Review«
CSFR	Tschechoslowakei
CSU	Christlich-Soziale Union
d. h.	das heißt
DA	Durchführungsanweisung
DÄBl.	»Deutsches Ärzteblatt«
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestelltengewerkschaft
dagg.	dagegen
DAngVers.	Zeitschrift »Die Angestelltenversicherung«
DAR	Zeitschrift »Deutsches Autorecht«
dass.	dasselbe

DA Vorm	»Der Amtsvormund« (Rundbrief des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen)
DB	Zeitschrift »Der Betrieb«
DBl.	Dienstblatt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
Deutscher Verein	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
DEVO	Datenerfassungs-Verordnung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
dgl.	dergleichen
dies.	dieselbe(n)
DifU	Deutsches Institut für Urbanistik
Diss.	Dissertation
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	»Deutsche Juristenzeitung«
DLRG	Deutsche Lebensrettungsgesellschaft
DMT	Deutsche Montan Technologie für Rohstoff, Energie, Umwelt
DNotZ	»Deutsche Notarzeitschrift«
DO	Dienstordnung
DOK	Zeitschrift »Die Ortskrankenkasse«
DÖV	Zeitschrift »Die Öffentliche Verwaltung«
DP	Deutsche Partei
DPWV	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
dr. soc.	Zeitschrift »droit social«
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	»Deutsche Richterzeitung«
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRV	Zeitschrift »Deutsche Rentenversicherung«
dsgl.	desgleichen
DSK	Deutscher Sprach- und Kulturkreis
DSRV	Datenstelle der deutschen Rentenversicherung
DStZ	»Deutsche Steuer-Zeitung«
DSWR	Zeitschrift »Datenverarbeitung, Steuer, Wirtschaft und Recht«
DuD	Zeitschrift »Datenschutz und Datensicherung«
DuR	Zeitschrift »Demokratie und Recht«
DÜVO	Datenübermittlungs-Verordnung
DV	Durchführungsverordnung
DVBl.	»Deutsches Verwaltungsblatt«
DVerW	Zeitschrift »Die Verwaltung«
DVO	Durchführungsverordnung
DVR	Zeitschrift »Datenverarbeitung im Recht«
DVZ	»Deutsche Versicherungszeitschrift für Sozialversicherung und Privatversicherung«

E	Entwurf
E.L.Rev.	Zeitschrift »European Law Review«
e. V.	eingetragener Verein
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EAN	Angestelltenersatzkassen
EAR	Arbeiterersatzkassen
ebd.	ebenda
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEG	Elektroenzephalogramm
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGRKG	Reichsknappschaftsgesetz – Einführungsgesetz (v. 23. 6. 1927)
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
EG-EStRG	Einführungsgesetz zum Einkommensteuerreformgesetz
EheG	Ehegesetz
1. EheRG	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. 6. 1976
EhfG	Entwicklungshelfer-Gesetz
Einf.	Einführung
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKG	Elektrokardiogramm
Entw.	Entwurf
EP	Entgeltpunkte
Erl.	Erläuterung(en); Erlaß
ErsK	Zeitschrift »Die Ersatzkasse«
EStG	Einkommensteuergesetz
EStRG	Einkommensteuerreformgesetz
etc.	et cetera
EüG	Eignungsübungsgesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft
EuGRZ	»Europäische Grundrechte-Zeitschrift«
EuM	Entscheidungen und Mitteilungen, hrsg. von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts
EuR	Zeitschrift »Europarecht«
EuratomV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EU-Rente	Erwerbsunfähigkeitsrente
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EvStL	Evangelisches Staatslexikon
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

EWG-VO	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft-Verordnung
EWiR	Zeitschrift »Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht«
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
EzS	Entscheidungssammlung zum Sozialversicherungsrecht
f.	folgend(e)
FA	Zeitschrift »Finanzarchiv«
FAD	»freiwilliger« Arbeitsdienst
FAG	Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz
FamG	Familiengericht
FamRZ	»Zeitschrift für das gesamte Familienrecht«
FANG	Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FdA	Förderung der Arbeitsaufnahme
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei (Deutschlands)
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
ff.	folgende
FG	Finanzgericht
FGG	Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
FinÄndG	Finanzänderungsgesetz
Fn.	Fußnote
FR	Frankfurter Rundschau
FRG	Fremdrentengesetz
FS	Festschrift
FuR	Zeitschrift »Familie und Recht«
FVG	Finanzverwaltungsgesetz
FVP	Freie Volkspartei
G	Gesetz
GAL	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GALNG	Gesetz zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte
GBI.	Gesetzblatt
GdB	Grad der Behinderung
GDG	Gesundheitsdienstgesetz
GE	Grundsätzliche Entscheidung
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
ges.	gesetzlich
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz; Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft«
ggf.	gegebenenfalls
GKAR	Gesetz über Kassenarztrecht
GKG	Gerichtskosten-gesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung; Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg

GK-AFG	Ambs/Eckert u. a., Gemeinschaftskommentar zum Arbeitsförderungsgesetz, Loseblatt
GK-SGB I	Burdenski/v. Maydell/Schellhorn, Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil, 2. Aufl. 1981
GK-SGB IV	Krause/v. Maydell/Merten/Meydam, Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung, 1978
GK-SGB X 3	v. Maydell/Schellhorn, Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch – Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten, 1984
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GMH	»Gewerkschaftliche Monatshefte«
GmS-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GOZ	Gebührenordnung für Zahnärzte
grds.	grundsätzlich
GRG	Gesundheits-Reformgesetz
GrS	Großer Senat
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
GUV	Gemeinde-Unfallversicherungsverband
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz; Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e. V.
h. M.	herrschende Meinung
HÄG	Hamburgisches Ärztesgesetz
HAG	Heimarbeitsgesetz
Halbs.	Halbsatz
HAuslG	Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet
HaVO	Hausarbeiten-Verordnung
HBeglG	Haushaltsbegleitgesetz
HdbKomm-	
WissPrax	Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis
HdbStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts
HdStW	Handbuch der Staatswissenschaft
HdWW	Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft
hess.	hessisch
HEZG	Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung
HGB	Handelsgesetzbuch
HHG	Häftlingshilfegesetz
HirthsAnnalen	Annalen des Deutschen Reiches (hrsg. von Hirths)
HIV	Human Immunodeficiency Virus
Hj.	Halbjahr
HkG	Heimkehrergesetz
HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt
HMO	Health Maintenance Organization

HöV	Höherversicherung
HpflG	Haftpflchtgesetz
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.; hrsg.	Herausgeber; herausgegeben
HStruktG	Haushaltsstrukturgesetz
HTLV	Human-T-cell-Lympho-Arope-Virus
HVG	Handwerkerversorgungsgesetz
HwO	Handwerksordnung
HwVG	Handwerkerversicherungsgesetz
HzS	Handbuch zum Sozialrecht, Loseblatt (hrsg. von Doetsch)
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i. e.	im einzelnen
i.S.d.	im Sinne des(r)
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IAVG	Invaliditäts- und Altersversicherung
IdW	Institut der deutschen Wirtschaft
IKK	Innungskrankenkasse
ILO	International Labour Organization
IM	Innenministerium
InfAuslR	Zeitschrift »Informationsbrief Ausländerrecht«
info	»Aktueller Informationsdienst für die berufsgenossen- schaftliche Sachbearbeitung«
info also	Zeitschrift »Informationen zum Arbeitslosenrecht und So- zialhilferecht«
insbes.	insbesondere
InvG	Invalidenversicherungsgesetz; Invaliditätsgesetz
IPrax	»Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts«
IRO	International Refugee Organisation
ISG	Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (Kolb, 1978)
IuAVG	Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz
IV	Invalidenversicherung
IVG	Invalidenversicherungsgesetz; Invaliditätsgesetz
IVSS	Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit
IWG	Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz (zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)
iw-eil	Eildienst des Instituts der deutschen Wirtschaft
JA	»Juristische Arbeitsblätter«
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz
JAV	Jahresarbeitsverdienst
Jb.	Jahrbuch

JbbNökuStat	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1863 ff. (hrsg. von Conrads)
JBl.	Zeitschrift »Juristische Blätter«
JbRSoz.	Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie
JbSozR	Jahrbuch des Sozialrechts der Gegenwart (hrsg. v. Wannagat)
Jg.	Jahrgang
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JMBL.	Justizministerialblatt
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JÖSchG	Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit
JR	Zeitschrift »Juristische Rundschau«
JRuR	Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie
JurBüro	Zeitschrift »Das juristische Büro«
JuS	Zeitschrift »Juristische Schulung«
JVBl.	»Justizverwaltungsblatt«
JW	»Juristische Wochenschrift«
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
JZ	»Juristenzeitung«
KAB	Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung
KÄBV	Kassenärztliche Bundesvereinigung
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften
Kap.	Kapitel
Kaug	Konkursausfallgeld
KÄV	Kassenärztliche Vereinigung
KEZ	Kindererziehungszeiten
KFürsV	Verordnung zur Kriegsopferfürsorge
KfzHV	Verordnung über Kraftfahrzeughilfe zur beruflichen Rehabilitation
KG	Kommanditgesellschaft; Kammergericht
KgfEG	Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz
KGG	Kindergeldgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHNG	Krankenhaus-Neuordnungsgesetz
KJ	Zeitschrift »Kritische Justiz«
KK	Krankenkasse
KLG	Kindererziehungsleistungs-Gesetz
KLVG	Leistungsverbesserungsgesetz in der Krankenversicherung
KnRV	Knappschaftliche Rentenversicherung
KnVAG	Knappschaftsrentenversicherungs-Anpassungsgesetz
KnVNG	Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
KO	Konkursordnung
KOF	Kriegsopferfürsorge
Komm.	Kommentar
Kompaß	Zeitschrift der Bundesknappschaft in Bochum
KonsG	Konsulargesetz
KostO	Kostenordnung
KOV	Kriegsopferversorgung; Zeitschrift »Die Kriegsopferversor- gung«

KrimJ	»Kriminologisches Journal«
krit.	kritisch
KrPflG	Krankenpflegegesetz
KrV	Zeitschrift »Die Krankenversicherung«
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSK	Künstlersozialkasse
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStZ	»Kommunale Steuer-Zeitschrift«
KSVG	Künstlersozialversicherungsgesetz
KV	Krankenversicherung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner
KVdR-AusglV	Verordnung über das Verfahren zum Ausgleich der Leistungsaufwendungen in der Krankenversicherung der Rentner
KVG	Gesetz betr. die Krankenversicherung der Arbeiter
KVKG	Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz
KVLG	Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
KVMG	Gesetz über die Verwaltung der Mittel der Träger der Krankenversicherung
KVNG	Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz
KVRS	»Die Krankenversicherung in Rechtsprechung und Schrifttum«
KVSG	Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten
KVWG	Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz
KZFSS	»Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie«
LAG	Landesarbeitsgericht; Lastenausgleichsgesetz
LAK	Landwirtschaftliche Alterskasse
2. LAV	Zweite Lohnabzugsverordnung
LBW	Loseblattwerk
LdR	Lexikon des Rechts
LFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, hrsg. v. Lindenmaier/Möhring u. a., Loseblatt
LohnFG	Lohnfortzahlungsgesetz
LPK-BSHG	Bundessozialhilfegesetz, Lehr- und Praxiskommentar von Birk, Brühl u. a., 1985
Ls.	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LVA	Landesversicherungsanstalt
m.	mit
m.a.W.	mit anderen Worten
m. E.	meines Erachtens
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

MannVersG	Mannschaftsversorgungsgesetz
MatAB	»Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung«
MBL	Ministerialblatt
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
MDR	»Monatsschrift für Deutsches Recht«
MedR	Zeitschrift »Medizinrecht«
MedSach	Zeitschrift »Der medizinische Sachverständige«
Meso	Medizin im Sozialrecht, Entscheidungssammlung, Loseblatt
MilHinterblG	Militärhinterbliebenengesetz
MinBl.	Ministerialblatt
mio.	Million
MIT	Mittelstandsvereinigung der CDU
Mitt.	Mitteilung(en)
MittAB	»Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung«
MittLVAOMFr	»Mitteilungen der LVA Oberfranken und Mittelfranken«
MMG	Zeitschrift »Mensch, Medizin, Gesellschaft«
Mrd.	Milliarde
MRG	Renten-Mehrbetrags-Gesetz
MRK	Konvention vom 4. 12. 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
MTB	Manteltarifvertrag für Arbeiter des Bundes
MünchKomm	Münchener Kommentar zum BGB (hrsg. von Rebmann und Sacker), 2. Aufl. 1984 ff.
MuSchG	Mutterschutzgesetz
MuSchVO	Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen
n. F.	neue Fassung
NachrLVA	
Hessen	Nachrichten der LVA Hessen
Nachw.	Nachweise
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBl.	Nachrichtenblatt
Nds.	Niedersachsen
NDV	»Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge«
Nieders.	Niedersachsen
NJW	»Neue Juristische Wochenschrift«
NJW-RR	»Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport«
NOG	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts
NP	Zeitschrift »Neue Praxis«
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NRR	Nettoreproduktionsrate
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

NV	Nachversicherung
NVwZ	»Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht«
NW	Nordrhein-Westfalen
NZA	»Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht«
o.	oben
o. a.	oben angegeben
o. ä.	oder ähnliche(s)
o. g.	oben genannt
o. J.	ohne Jahr
o. V.	ohne Verfasser
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OEG	Opferentschädigungsgesetz
OFD	Oberfinanzdirektion
Öff. Gesundh.	
Wes.	Zeitschrift »Öffentliches Gesundheitswesen«
OffPensG	Gesetz über die Pensionierung der Offiziere einschließlich Sanitätsoffiziere des Reichsheeres der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OKK	Ortskrankenkasse
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit
OrthV	Orthopädieverordnung
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
ÖZS	»Österreichische Zeitschrift für Soziologie«
p.	page (Seite)
p. a.	pro anno (lat.: pro Jahr)
Pf.	Pfennig
PflichtVG	Pflichtversicherungsgesetz
PKV	Private Krankenversicherung
Prot.	Protokoll
PrOVG	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PStG	Personenstandsgesetz
pV	persönlicher Vornhundertatz
R.P.S.S.	»Revue Belge de Securité Sociale«
RabelsZ	»Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht«
RABl.	Reichsarbeitsblatt
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAG	Reichsarbeitsgericht; Rentenanpassungsgesetz
RAM	Reichsarbeitsminister
RÄndG	Rentenänderungsgesetz
RAnpB	Rentenanpassungsbericht

RAnpG	Renten Anpassungsgesetz
RAnw	Renten anwartschaft
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
rd.	rund
RdA	Zeitschrift »Recht der Arbeit«
RdErl.	Runderlaß
RdJB	Zeitschrift »Recht der Jugend und des Bildungswesens«
RdL	Zeitschrift »Recht der Landwirte«
Rdschr.	Rundschreiben
RE	Referentenentwurf
ReformG	Reformgesetz
RegE	Regierungsentwurf
RehaAnglG	Rehabilitations-Angleichungsgesetz
Rev. dr. eur.	»Revue trimestrielle de droit européen«
RF	Rentenartfaktor
RfA	Reichsversicherungsanstalt für Angestellte
RFG	Rentenversicherungs-Finanzausgleichsgesetz
RFV	Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht
RG	Reichsgericht
RGB	Reichshaushalts- und Besoldungsblatt
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGr	Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge
RGSt.	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rh.-Pf.	Rheinland-Pfalz
RiA	Zeitschrift »Recht im Amt«
RIW	Zeitschrift »Recht der internationalen Wirtschaft«
RJWG	Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
RKG	Reichsknappschaftsgesetz
RL	Richtlinie
RM	Reichsmark
RMdI	Reichsmin. des Innern
RMF	Reichsmin. der Finanzen
RMG	Renten-Mehrbetrags-Gesetz
RMI	Reichsmin. des Innern
RR	»Rechtsprechungsreport«
RRG	Rentenreformgesetz
RS	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RT	Reichstag, Stenogr. Berichte, Bd.
RV	Rentenversicherung; Zeitschrift »Die Rentenversicherung«
RVA	Reichsversicherungsamt
RVFinanzG	Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung
RVG	Reichsversorgungsgericht; Reichsverwaltungsgericht
RVO	Reichsversicherungsordnung
RVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Rentendienst der Deutschen Bundespost

RV-BEVO	Verordnung über das Entrichten von Beiträgen zur Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten
RWI-Mitt.	»Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung«
Rz.	Randziffer(n)
RZB	Bestimmungen für das Rentenzahlverfahren
RZG	Rentenzulagengesetz
S.	Seite; Satz
s.	siehe
SachBezV	Sachbezugsverordnung
SAE	Zeitschrift »Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen«
SBZ	Sowjetisch Besetzten Zone
Schl.-H.	Schleswig-Holstein
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchmollersJb.	Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 1871 ff. (hrsg. von Schmollers)
SchwAV	Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SchwBWV	Werkstättenverordnung Schwerbehindertengesetz
SchwZSozV	Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung
SdL	Zeitschrift »Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft«
SdO	Zeitschrift »Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen«
Seek.	Seekasse
See-KK	See-Krankenkasse
SF	Zeitschrift »Sozialer Fortschritt«
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGb	Zeitschrift »Die Sozialgerichtsbarkeit«
SGB I	Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil
SGB IV	Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung
SGB X	Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten, Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten
SGB-SozVers-GesKomm	Bley/Gitter u. a. Sozialgesetzbuch – Sozialversicherung, Gesamtkommentar, Loseblatt
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SGO	Sozialgerichtsordnung
SH	Sonderheft; Studienheft
SjE	Sammlung jugendrechtlicher Entscheidungen, Loseblatt
SKV	Zeitschrift »Staats- und Kommunalverwaltung« (1955–1977; dann: »Verwaltungsrundschau«)
Slg.	Allgemeine Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
sog.	sogenannte(r)

SoldG	Soldatengesetz
Soz. Sich.	Soziale Sicherheit
SozArb	Zeitschrift »Soziale Arbeit«
SozEntsch	Sozialrechtliche Entscheidungssammlung
SozR	Sozialrecht – Entscheidungssammlung, bearbeitet von den Richtern des BSG
SozSich	Zeitschrift »Soziale Sicherheit«
SozVers	Zeitschrift »Die Sozialversicherung«
SP	Schlußprotokoll
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Ergänzbare Sammlung schul- und prüfungsrechtlicher Ent- scheidungen
SRH	Sozialrechtshandbuch (hrsg. von v. Maydell/Ruland, 1988)
SRVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über das Rechnungswes- sen in der Sozialversicherung
St	Steigerungssatz
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Staatsanz.	Staatsanzeiger
StBA	Statistisches Bundesamt
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StenBer	Stenographischer Bericht
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
StHG	Staatshaftungsgesetz
StPo	Strafprozeßordnung
str.	streitig
StuW	Zeitschrift »Steuer und Wirtschaft«
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
SV	Zeitschrift »Die Sozialversicherung«
SVA	Sozialversicherungsausweis
SVAbk	Sozialversicherungsabkommen
SVAG	Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz
SVBEG	Sozialversicherungs-Beitragsentlastungsgesetz
SVBG	Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
SVR	Sachverständigenrat
SVRV	Sozialversicherungs-Rechnungsverordnung
SVwG	Selbstverwaltungsgesetz
SV-GK	Gesamtkommentar zur Sozialversicherung
SZ	»Süddeutsche Zeitung«
SZS	»Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung«
S-Ausschuß	Sozialausschuß
Tbc	Tuberkulose
THW	Technisches Hilfswerk
tsd.	tausend
TuP	Zeitschrift »Theorie und Praxis der sozialen Arbeit«

XXX

TV	Tarifvertrag
TVG	Tarifvertragsgesetz
TZG	Teuerungszulagengesetz
u.	unten, unter
u. ä.	und ähnliche(s)
u. a.	unter anderem
u. U.	unter Umständen
Übers.	Übersicht
Übk.	Übereinkommen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UhVG	Unterhaltsvorschußgesetz
UNO	United Nations Organization
Urt.	Urteil
USG	Unterhaltssicherungsgesetz
USK	Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
usw.	und so weiter
UV	Unfallversicherung
uv.	unveröffentlicht
UvNG	Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz
UVV	Unfallverhütungsvorschrift
v.	vom; von
v. H.	vom Hundert (%)
VA	Verwaltungsakt
VAB	Versicherungsanstalt Berlin
VäD	Vertrauensärztlicher Dienst
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
VAusgl	Versorgungsausgleich
VAWMG	Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs
VdK	Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner
VDR	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
VEA	Vorläufige Europäische Abkommen
verb. RS	verbundene Rechtssachen
Verf.	Verfassung
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
veröff.	veröffentlicht
Vers.	Versicherte
VersorgB	Zeitschrift »Der Versorgungsbeamte«
VersR	Zeitschrift »Versicherungsrecht«
VerwArch	Zeitschrift »Verwaltungsarchiv«
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland, Sammlung oberstrichterlicher Entscheidungen aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht
VfA	Versicherungsgesetz für Angestellte

VfG-KOV	Gesetz über das Verwaltungsverfahren in der Kriegsopferversorgung
VG	Verwaltungsgericht
VGfA	Versicherungsgesetz für Angestellte
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VglO	Vergleichsordnung
Vj	Versicherungsjahre
VMBl.	Volkswohlfahrt. Amtsblatt des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt
VNrV	Verordnung über die Vergabe und Zusammensetzung der Versicherungsnummer
VO	Verordnung
VOP	Zeitschrift »Verwaltungsführung, Organisation, Personalwesen«
Vorb.	Vorbemerkung
Vorbem.	Vorbemerkung
VRG	Vorruhestandsgesetz
VSSR	»Vierteljahresschrift für Sozialrecht«
VuVO	Versicherungsunterlagen-Verordnung
vv.	vervielfältigt
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WE	Werteinheit
WGSVG	Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WHW	Winterhilfswerk
WIdO	Wissenschaftliches Institut der Ortskrankenkassen
WiGBI.	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1947 ff.)
WiKG	Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
Wista	Zeitschrift »Wirtschaft und Verwaltung«
Wisu	Das Wirtschaftsstudium, Zeitschrift für Ausbildung, Examen und Weiterbildung
WoBauG	Wohnungsbaugesetz
WoGG	Wohngeldgesetz
WoGV	Wohngeldverordnung
WoGVwW	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Wohngeldgesetz
WPfG	Wehrpflichtgesetz
WSI-Mitt.	»Mitteilungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB«

WRV	Weimarer Reichsverfassung
WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
WVG	Wehrmachtsversorgungsgesetz
WzS	Zeitschrift »Wege zur Sozialversicherung«
z. Hd.	zu Händen
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
z. Z.	zur Zeit
ZAR	»Zeitschrift für Ausländerrecht«
ZB	Zahl der Beitragspflichtigen
Zbl.	Zentralblatt
ZblJugR	»Zentralblatt für Jugendrecht«
ZBR	»Zeitschrift für Beamtenrecht«
ZDG	Zivildienstgesetz
ZdK	Zentralkomitee der deutschen Katholiken
ZevKR	»Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht«
ZfA	»Zeitschrift für Arbeitsrecht«
ZfF	»Zeitschrift für das Fürsorgewesen«
ZfRV	»Zeitschrift für Rechtsvergleichung«
ZfS	»Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung«
ZfSH/SGB	»Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch«
ZfV	»Zeitschrift für Verwaltung«
ZgesStW	»Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft«
ZIAs	»Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht«
Ziff.	Ziffer
ZIP	»Zeitschrift für Wirtschaftsrecht«
zit. n.	zitiert nach
ZLA	»Zeitschrift für den Lastenausgleich«
ZMR	»Zeitschrift für Miet- und Raumrecht«
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte, Wien 1979 ff.
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZR	Zahl der Rentner
ZRechtsmed.	»Zeitschrift für Rechtsmedizin«
ZRGerm.	
Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 1880 ff., Germanistische Abteilung
ZRGRom. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 1880 ff., Romanistische Abteilung
ZRP	»Zeitschrift für Rechtspolitik«
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen
ZSR	»Zeitschrift für Sozialreform«
ZTR	»Zeitschrift für Tarifrecht«
zus.	zusammen

zust.	zustimmend
ZVALG	Gesetz über die Errichtung einer Zusatzversorgungskasse für Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft
ZVersWes.	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZVersWiss	»Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft«
ZVG	Zwangsversteigerungsgesetz
ZVglRWiss	»Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft«
ZVR	»Zeitschrift für Verkehrsrecht«
ZZ	Zurechnungszeit(en)
zzgl.	zuzüglich

Literaturverzeichnis

Die in dieses Verzeichnis aufgenommenen Titel werden in den einzelnen Beiträgen i.d.R. nur mit dem Namen des Verfassers zitiert. Gibt es von einem Verfasser mehrere Titel oder handelt es sich um eine Festschrift, sind sie, wie durch die Unterstreichungen gekennzeichnet, gekürzt worden.

- AARON Economic Effects of Social Security, 1984
ABV (Hrsg.) Verfassungsrechtliche Fragen zur berufsständischen Versorgung der Freien Berufe und zur Hinterbliebenenrentenreform 1986, 1986
ACHINGER Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik, 3. Aufl. 1979
ALBER Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat, 1982
ALBERS Auf die Familie kommt es an, 1986
ALBERS u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), 1977–1983
ANDRÉ u. a. SGB X, Textausgabe mit 7 einführenden Aufsätzen, 1981
ARGE u. a. (Hrsg.), Beiträge zur Sozialversicherung, FS Hofmann, 1964
AUGE Humanvermögen. Sozialisation und Familienlastenausgleich, 1984
BADEN / HAGEDORN / KALTENBACH / LECHER / VON MAYDELL / REUSCH / RULAND/ZIMMERMANN Die Alterssicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland, 1988
BÄCKER/STEFFEN Alterssicherung in der Zukunft, 1988
BARRO The Impact of Social Security on Private Saving, 1978
BARTA Kausalität im Sozialrecht, 1983
BARTELS Die Anhörung Beteiligter im Verwaltungsverfahren – dargestellt anhand von § 24 SGB X, 1985
BAUER/HANNEMANN/KINZEL EWG-Verordnungen Nr. 1408/71 und 574/72 aus der Sicht der Rentenversicherung, Textausgabe mit Erläuterungen und systematischer Übersicht, 12. Aufl. 1986
BECHER Selbstverwaltungsrecht der Sozialversicherung, Kommentar, Loseblatt
BENDA Der soziale Rechtsstaat, in: E. Benda/W. Maihofer/H. J. Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1983, S. 477 ff.
ders. Die verfassungsrechtliche Relevanz des Sozialrechts, Deutscher Sozialgerichtsverband, Bd. 14, 1975, S. 32 ff.
ders. Sozialrechtliche Eigentumspositionen im Arbeitskampf, 1986
BENDA/MAIHOFFER/VOGEL (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1983
Bericht der Sachverständigenkommission Staatszielbestimmungen, Gesetzgebungsaufträge, 1983
BERNHARDT Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge insbesondere in der neueren Rechtsprechung internationaler Gerichte, 1963
BERTHOLD/KÜLP Rückwirkungen ausgewählter Systeme der sozialen Sicherung auf die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft, 1987
dies. Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. 1976
BETHUSY-HUC Familienpolitik, 1987
BEUSTER/DÖRR/MARBURGER Sozialgesetzbuch in Stichworten, 1985

- BEUSTER/MARBURGER Handbuch der Ersatz- und Erstattungsansprüche, Loseblatt
- BEUTLER/BIEBER/PIPKORN/STREIL (Hrsg.), Das Recht der Europäischen Gemeinschaft, Textsammlung, Loseblatt
- dies. Die Europäische Gemeinschaft – Rechtsordnung und Politik, 3. Aufl. 1987
- BIEDENKOPF Die neue Sicht der Dinge, 1985
- BIEBACK (Hrsg.) Die Sozialversicherung und ihre Finanzierung, 1986
- BIRG (Hrsg.) Demographische Entwicklung und gesellschaftliche Planung, 1983
- BIRG/KOCH Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland, 1987
- BLECKMANN Europarecht, 4. Aufl. 1985
- ders. Grundgesetz und Völkerrecht, 1975
- BLESSING Die Zukunft des Sozialstaats, 1987
- BLEY Grundzüge der Sozialgerichtsbarkeit, 1976
- ders. Sozialrecht, 6. Aufl. 1988
- ders. Verfahrensmängel im Sozialprozeß, 1988
- BLEY/GITTER u. a. Sozialgesetzbuch-Sozialversicherung-Gesamtkommentar (SGB-SozVers-GesKomm) Loseblatt
- BLUMRATH Die Entwicklungsmöglichkeiten des Drei-Säulen-Konzeptes der Alterssicherung, 1987
- BÖCKEL Künstlersozialversicherungsgesetz, eine erläuternde Darstellung, 1982
- BOECKEN Der verfassungsrechtliche Schutz von Altersrentenansprüchen und -anwartschaften in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland sowie deren Schutz im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention, 1987
- ders. Die Pflichtaltersversorgung der verkammerten freien Berufe und der Bundesgesetzgeber, 1986
- BÖHM Versicherungsmathematik, Bd. 1, 1937
- BOEHMER Der völkerrechtliche Vertrag im deutschen Recht, 1965
- BÖSCH Umverteilung, Effizienz und demographische Abhängigkeit von Rentenversicherungssystemen, 1987
- BOETTCHER (Hrsg.), Sozialpolitik und Sozialreform, 1957
- BOGS, H. Die Sozialversicherung im Staat der Gegenwart, 1973
- BOGS, H./V. FERBER Soziale Selbstverwaltung, Bd. 1: Aufgaben und Funktion der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, 1977
- BOGS, W. Die Einwirkung verfassungsrechtlicher Normen auf das Recht der sozialen Sicherheit, Verhandlungen des 43. DJT, G 5ff., 1962
- ders. Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherheit und seiner Reform, 1957
- BOGS, W./ACHINGER/MEINHOLD/NEUNDÖRFER/SCHREIBER Soziale Sicherung in der Bundesrepublik (Sozialenquôte), 1966
- BOKELOH Die soziale Sicherung der Frau im Rentenrecht, Rechtslage und Reformmöglichkeiten, 1982
- BORCHERT Die Berücksichtigung familiärer Kindererziehung im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung, 1981
- BORN Deutsche Sozialpolitik 1918–1928. Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministeriums, 1929
- ders. (Hrsg.), Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867–1914, 1966ff.

- ders. Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz, 1957
- BRACHMANN Hinterbliebenenreform '86 und Babyjahr, 1986
- BRACKMANN Handbuch der Sozialversicherung einschließlich des SGB und angrenzender Gebiete, Loseblatt
- BRANDENBURG/HAHN Grundzüge des Sozialrechts, 1978
- BRANDMÜLLER Künstlersozialversicherungsgesetz, Kommentar, Loseblatt
- BRANDT/GOLLWITZER/HENSCHERL (Hrsg.), Ein Richter, ein Bürger, ein Christ, FS Simon, 1987
- BRUCHE/CASEY Arbeit oder Rente? Beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und den USA, 1982
- BRÜCK Allgemeine Sozialpolitik, 1976
- BRÜCKNER/DALICHAU (Hrsg.), Beiträge zum Sozialrecht, FS Grüner, 1982
- BRUSIS/MÜLLER-FAHRNOW/WEBER-FALKENSAMMER Daten und Fakten zum Herzinfarkt und seinen Risikofaktoren. In: Brusis/Weber-Falkensammer (Hrsg.) Handbuch der ambulanten Herzgruppen, 3. Aufl. 1990
- Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Aktionsprogramm Rehabilitation in den 80er Jahren, 1980
- ders. (Hrsg.), Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Leistungsnachfrage und Ausgaben im Gesundheitswesen – insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung – unter Berücksichtigung von Zielvorstellungen über die Gesundheitsversorgung älterer Menschen, 1983
- ders. (Hrsg.), Langfristige Probleme der Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten des Sozialbeirats und der Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirats, 3 Bde., 1984
- ders. Materialband zum Sozialbudget 1986, 1986
- ders. (Hrsg.), Sozialbericht 1983, 1984
- ders. (Hrsg.), Sozialbericht 1986, 1987
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Grundsätze zur Rentenreform, 1988
- Bundesversicherungsanstalt für Angestellte/Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), Sozialgesetzbuch, I. Buch 7. Aufl. 1987, IV. Buch, 6 Aufl. 1987, X. Buch, 3. Aufl. 1986
- BURCHARDT Arbeit und soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland, 1979
- BURDENSKI/V. MAYDELL/SCHELLHORN Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch (GK-SGB I), 2. Aufl. 1981
- BURGHARDT Kompendium der Sozialpolitik, 1979
- BUTZ Gesetzliche Rentenversicherung – Eine stochastische Projektion, 1985
- CASIMIR Staatliche Rentenversicherungssysteme im internationalen Vergleich – Eine Studie über die Systeme in Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Amerika, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, 1989
- CASSELMANN u. a. SGB-IV 1 – Textausgabe mit 12 einführenden Aufsätzen, 1977
- CASSELMANN/FRIEDERICHs/KALTENBACH/MAIER/FRANK Die Rentenversicherung im Sozialgesetzbuch unter besonderer Berücksichtigung der Angestelltenversicherung (begründet von Koch/Hartmann, Das AVG), Kommentar, Loseblatt

- CHMIELORZ/ROHWER-KAHLMANN/HEINKE (Hrsg.), Sozialenquôte und Sozialrecht, FS Bogs, W., 1967
- CONSTANTINESCO Das Recht der Europäischen Gemeinschaft I. Das institutionelle Recht, 1977
- CORNELISSEN De europese verordeningen inzake sociale zekerheid. Europese coördinatie van arbeidsongeschiktheids- en weduwenverzekeringen, 1984
- DEGENHART Rechtsstaat – Sozialstaat, in: FS für H. U. Scupin zum 80. Geburtstag, 1983, S. 537 ff.
- DEMBOWSKI/DOETSCH/GITTER u. a. Das neue Sozialgesetzbuch, 2. Aufl. 1974
- DENNEBERG/LINDENAU Angewandte Mathematik: Grundlagen der Rentenversicherung, 1982
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland, 1988
- Deutscher Sozialgerichtsverband (Hrsg.), Das Sozialrecht im geteilten Deutschland, Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. IV, 1986
- ders. (Hrsg.), 100 Jahre deutsche Sozialversicherung, Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. XXII, 1982
- ders. (Hrsg.), Empfiehlt es sich, die Voraussetzungen für Sozialleistungen an leistungsgeminderte Personen zur Herstellung der Nahtlosigkeit gesetzlich neu zu regeln? Der Entwurf einer Verwaltungsprozeßordnung und die Sozialgerichtsbarkeit – einige Grundfragen, Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. XIX, 1979
- ders. (Hrsg.), Freiheit und Bindung im Recht der sozialen Sicherheit, Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. IX, 1972
- ders. (Hrsg.), Rechtsfortbildung durch die sozialgerichtliche Rechtsprechung, Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. X, 1973
- ders. (Hrsg.), Soziale Sicherung und medizinischer Dienst, Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. VIII, 1971
- ders. (Hrsg.), Über- und Unterversorgung bei der Alterssicherung, Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. XVII, 1978
- Deutscher Sozialgerichtsverband/Zacher (Hrsg.), Sozialrechtsprechung – Verantwortung für den sozialen Rechtsstaat, FS zum 25jährigen Bestehen des BSG, 1979
- Deutscher Sozialrechtsverband (Hrsg.), Die sozialrechtliche Stellung der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes, Bd. XXIV, 1983
- ders. (Hrsg.), Der Wandel familiärer Lebensmuster und das Sozialrecht, Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes, Bd. XXVII, 1985
- ders. (Hrsg.), Soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit – Bestandsaufnahme und Reformbestrebungen, Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes, Bd. 19, 1987
- ders. (Hrsg.), Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz sozialer Rechtspositionen, 2. Sozialrechtslehrertagung, Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes, Bd. XXIII, 1982
- Deutscher Sozialrechtsverband/Wannagat (Hrsg.), Entwicklung des Sozialrechts – Aufgabe der Rechtsprechung, Festgabe aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der sozialgerichtlichen Rechtsprechung, 1984
- Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter, Alte Menschen mit Behinderungen – behinderte Menschen im Alter, 1988

- DÖRING Das System der gesetzlichen Rentenversicherung – Eine sozialpolitische Einführung, 1980
- DOETSCH (Hrsg.), Handbuch zum Sozialrecht (HzS), Loseblatt
- ECKELMANN/NEHLS Schadensersatz bei Verletzung und Tötung, 1987
- EGGERS Agrarsoziale Sicherung im EG-Vergleich, Heft 238 der Schriftenreihe Angewandte Wissenschaft des BML, 1980
- EHRENBERG/FUCHS Sozialstaat und Freiheit, 1980
- EICHENHOFER Internationales Sozialrecht und Internationales Privatrecht, 1987
- EICHENHOFER/SCHULER Das internationale Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland in der höchstrichterlichen Rechtsprechung und Literatur, in: Wannagat (Hrsg.), JbSozR, Bde. 5–8 (1983–1986)
- EICHER/HAASE/RAUSCHENBACH Die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, Handkommentar, Loseblatt
- ERICHSEN/MARTENS Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. Aufl. 1988
- ERLENKÄMPER Sozialrecht – Leitfaden für die Praxis, 2. Aufl. 1988
- ETMER Reichsknappschaftsgesetz, Loseblatt
- EWERT Der Beitrag des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften zur Entwicklung eines Europäischen Sozialrechts – dargestellt am Beispiel der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, 1987
- FÄRBER Probleme der Finanzpolitik bei schrumpfender Bevölkerung, 1988
- FARNY/HELTEN/KOCH/SCHMIDT Handwörterbuch der Versicherung – HdV, 1988
- FAUDE Selbstverantwortung und Solidarverantwortung im Sozialrecht, 1983
- FEICHTINGER Demographische Analyse und populationsdynamische Modelle, 1979
- FELDERER (Hrsg.), Kapitaldeckungsverfahren versus Umlageverfahren, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 163, 1987
- ders. Wirtschaftliche Entwicklung bei schrumpfender Bevölkerung, 1983
- FERBER/REINHARD/SCHAEFER/THIEMEYER (Wissenschaftliches Institut der Ortskrankenkassen), Kosten und Effizienz im Gesundheitswesen, Gedenkschrift für Ulrich Geißler, 1985
- FIEDLER Einführung in das Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, 1978
- FINDL/HOLZMANN/MÜNZ Bevölkerung und Sozialstaat, 1987
- FINKE/MÜNCHEBERG/LEPSZY Künstlersozialversicherungsgesetz, Kommentar, 1982
- FINKELNBURG/LÄSSIG Kommentar zum Verwaltungsverfahrensgesetz, 1979
- FRANK Betriebliche Altersversorgung, 1985
- FRERICH Sozialpolitik – Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 1987
- FRIEDE/KRAUSE Personenbezogene Informationen im Leistungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung und das Persönlichkeitsrecht des Versicherten (hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung), 1988
- FÜRST/HERZOG/UMBACH (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Zeidler, FS Zeidler, 1987
- GÄRTNER Privatversicherungsrecht, 2. Aufl. 1980
- EGINAT Leistungsrechte im internationalen Sozialversicherungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der dem Internationalen Privatrecht ähnlichen

- Fragen, dargestellt am Beispiel der Sozialgesetzgebung in Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, Diss. 1959
- GERKE Begutachtung in der Sozialmedizin, 1978
- Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung, Die private Altersvorsorge im gegliederten System der Alterssicherung, 1988
- dies. Familienlastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, Grundfragen, Systemmängel, Reformvorschläge, 1989
- dies. Verteilung der Lasten einer ausreichenden künftigen Gesamtversorgung auf die Drei Säulen (Heubeck-Gutachten), 1988
- GIESE Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil und Verfahrensrecht, Loseblatt
- GITSCHMANN Alterssozialpolitik auf kommunaler Ebene – Rahmenbedingungen und Strukturen, 1987
- GITTER Sozialrecht, 2. Aufl. 1986
- ders. Zweckwidrige Vielfalt und Widersprüche im Recht der Sozialversicherung, 1969
- GITTER/THIEME/ZACHER (Hrsg.), Im Dienste des Sozialrechts, FS Wannagat, 1981
- GLAAB Eine Modellrechnung zur langfristigen Entwicklung der finanziellen Situation in der gesetzlichen Rentenversicherung, 1977
- GLADEN Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, 1974
- GOBBERS Gestaltungsgrundsätze des zwischenstaatlichen und überstaatlichen Sozialversicherungsrechts, 1980
- GÖBEL Lebenseinkommen und Erwerbsbiographie, 1984
- GRABITZ (Hrsg.), Kommentar zum EWG-Vertrag, Loseblatt
- GRETSCHMANN/HEINZE/HILBERT/SCHULZ/VOELZKOW Neue Technologien und soziale Sicherung, Antworten auf die Herausforderungen des Wohlfahrtsstaats, Maschinensteuer, Mindestsicherung, Sozialgutscheine, 1989
- GREVEN/PRÄTORIUS/SCHILLER Sozialstaat und Sozialpolitik – Krise und Perspektiven, 1980
- V. DER GROEBEN/V. BOECKH/THIESING/EHLERMANN (Hrsg.), Kommentar zum EWG-Vertrag, 3. Aufl. 1983
- GROHMANN Kapitaldeckungsverfahren versus Umlageverfahren – demographische Entwicklung und Finanzierung von Altersversicherung und Familienlastenausgleich, 1987
- ders. Die Entwicklung eines Bevölkerungsmodells zur Beurteilung der Finanzierung der dynamischen Rente, 1965
- ders. Rentenversicherung und Bevölkerungsprognosen, 1980
- GROSER/WEBER/LEIENBACH/FEIGE Beiträge zur sozialen Ordnungspolitik, FS Herder-Dorneich, 1988
- GROTH/MÜLLER-GAZUREK Ausländer-Sozialrecht, 1983
- GROTTIAN/KROTZ/LÜTKE/PFARR Die Wohlfahrtswende – Der Zauber konservativer Sozialpolitik, 1988
- GRÜNER Sozialgesetzbuch (SGB), Kommentar mit Kommentar zur RVO, Loseblatt
- ders. Verwaltungsverfahren (SGB X), Kommentar, Loseblatt
- Grundlagen der Sozialversicherung, FS Brackmann, 1977
- HAGEDORN Agrarsozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Diss. 1982
- HAHN Die öffentlich-rechtliche Alterssicherung der verkammerten freien Berufe, 1974

- HAMPE (Hrsg.), Renten 2000, 1985
- HANAU/HUJER/NEUBAUER Wirtschafts- und Sozialstatistik, Festschrift Heinz Grohmann zum 65. Geburtstag, 1986
- HANOW/LEHMANN/BOGS Reichsversicherungsordnung, 4. Buch: Rentenversicherung der Arbeiter, Kommentar
- HARTMANN Sozialhilfebedürftigkeit und »Dunkelziffer der Armut«, 1981
- HARTWICH Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, 2. Aufl. 1977
- HAUCK/HAINES Sozialgesetzbuch (SGB I; SGB IV/1; SGB X/1, 2 und SGB X/3), Kommentar, Loseblatt
- HAUFF/PFISTER-GASPARY (Hrsg.), Internationale Sozialpolitik, 1982
- HAUSER/ENGEL Soziale Sicherung und Einkommensverteilung – Empirische Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, 1985
- HEINZE Möglichkeiten der Fortentwicklung des Rechts der sozialen Sicherheit, 56. DJT, 1984, Teil E
- HEINZE/HOMBACH/SCHERF Sozialstaat 2000 – Auf dem Weg zu neuen Grundlagen der sozialen Sicherung – Ein Diskussionsband, 2. Aufl. 1988
- HELBERGER/ROLF Die Gleichstellung von Mann und Frau in der Alterssicherung, 1982
- HELDMANN Kinderlastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland, 1986
- HELTEN/KALUZA (Hrsg.), Alterssicherung bei sich ändernden Rahmenbedingungen, 1984
- HENDLER Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip, 1984
- HENKE Öffentliche Gesundheitsausgaben und Verteilung, 1977
- HENTSCHEL Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1980, 1983
- HERDER-DORNEICH Der Sozialstaat in der Rationalitätenfalle, 1982
- ders. (Hrsg.), Dynamische Theorie der Sozialpolitik, 1981
- ders. Soziale Ordnungspolitik, 1987
- HERMANN Gleichstellung der Frau und Rentenrecht, 1984
- HEUBECK Kommentar zum Betriebsrentengesetz, 1981
- HILFER Das System sozialer Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland, 1982
- v. HIPPEL Grundfragen der sozialen Sicherheit, 1979
- HOCKERTS Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland – Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, 1980
- HOERNIGK/JAHN/WICKENHAGEN Fremdrentengesetz, Kommentar, Loseblatt
- HOERNIGK/JORKS Rentenversicherung, Kommentar, Loseblatt
- HOFFMANN Sparen im Dienst der Altersvorsorge als volkswirtschaftliches Problem, 1989
- HOHMANN Freiheitssicherung durch Datenschutz, 1987
- HOMBURG Theorie der Alterssicherung, 1988
- HUBER Rechtsstaat und Sozialstaat in der modernen Industriegesellschaft, in: ders., Nationalstaat und Verfassungsstaat, 1965, S. 249
- Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Betriebliche Altersversorgung, 1988
- dass. Umverteilung in der Bundesrepublik Deutschland – Das Zusammenwirken von Steuern und Sozialtransfers, 1988
- IGL Pflegebedürftigkeit und Behinderung im Recht der sozialen Sicherheit – Eine rechtsvergleichende Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, 1987

- Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit, Aktuelle Probleme der Rentenversicherung, 1988
- dies. Gleichbehandlung in der Sozialen Sicherheit, 1988
- dies. The role of research in social security, 1988
- IPSEN Europäisches Gemeinschaftsrecht, 1972
- ISENSE Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht, 1968
- ders. Umverteilung durch Sozialversicherungsbeiträge, 1973
- ISENSE/KIRCHHOF Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1987–1989
- JÄGER Einführung in die Sozialversicherung, 9. Aufl. 1985
- ders. Sozialversicherungsrecht, 9. Aufl. 1981 mit Nachtrag 1984
- JAHN Allgemeine Sozialversicherungslehre, 2. Aufl. 1980
- ders. Sozialgesetzbuch (SGB) für die Praxis, Kommentar, Loseblatt
- JANTZ Die Hauptgrundsätze der zwischenstaatlichen Sozialversicherung, in: Die Sozialversicherung der Gegenwart, Jahrbuch für die gesamte Sozialversicherung und Sozialgerichtsbarkeit, Dokumentation für das Jahr 1963, Bd. 3, 1964
- ders. Soziale Sicherheit – überstaatliche Rechtsnormen, zwischenstaatliche Verträge, 1966
- JANTZ/ZWENG/EICHER Das neue Fremdrenten- und Auslandsrentenrecht, 1960
- JANTZ/NEUMANN-DUESBERG/SCHWE (Hrsg.) Sozialreform und Sozialrecht, FS Bogs, W., 1959
- JARASS/PIEROTH Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 1989
- JOCHHEIM/SCHOLZ (Hrsg.), Rehabilitation, Bd. 1: Gesetzliche Grundlagen, Methoden und Maßnahmen, 1975
- JUNG Das Recht auf Gesundheit, 1982
- JUNG/PREUSS Rechtsgrundlagen der Rehabilitation, Sammlung des gesamten Rehabilitationsrechts, Loseblatt
- dies. Rehabilitation, Kommentar zum Rehabilitations-Angleichungsgesetz (RehaAnglG), 2. Aufl. 1975
- KALTENBACH/CLAUSING Das neue Rentenrecht 1986, 1985
- KATZENSTEIN Der gegenwärtige Stand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Eigentumsschutz sozialrechtlicher Positionen, in: FS für O. Bachof zum 70. Geburtstag, 1984, S. 63, 83 ff.
- KAUFMANN Staatliche Sozialpolitik und Familie, 1982
- KAUFMANN/BAURIEDL/GERCKE Medizin im Sozialrecht, Loseblatt
- KIEL Der Aufbau von Rentenanwartschaften, 1987
- KLANBERG/PRINZ Perspektiven sozialer Mindestsicherung, 1988
- KLANG Soziale Sicherheit und Freizügigkeit im EWG-Vertrag, 1986
- KLEEIS Die Geschichte der sozialen Versicherung in Deutschland, Reprint 1981
- KLINGMÜLLER Aktuelle Fragen der Individual- und der Sozialversicherung, FS Roehrbein, 1962
- KNOBLICH/HEIL/FUDICKAR Das Rechnungswesen in der Sozialversicherung, 3. Aufl. 1987
- KÖHLER/ZACHER (Hrsg.), Ein Jahrhundert Sozialversicherung, 1981
- KÖLTZSCH/SCHMIDT Kindererziehungsleistung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 – KLG –, 1988
- KÖSSLER Sozialversicherungsprinzip und Staatszuschüsse in der gesetzlichen Rentenversicherung, 1982

- KOLB/SEIDEL Rehabilitationsrecht, Kommentar, 1985
- Kommission »Altern als Chance und Herausforderung«. Bericht erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, 1988
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Sammlung der Gemeinschaftsbestimmungen über die soziale Sicherheit, 2. Aufl. 1984 und 1986 (Ergänzungsband)
- Kommission des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Zur langfristigen Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung, 1987
- KOTTHOFF Das Rangverhältnis zwischen supranationalem Recht und dem Recht der Mitgliedstaaten in den Europäischen Gemeinschaften, Diss. 1966
- KRAEGELOH Künstlersozialversicherungsgesetz, Kommentar, Loseblatt
- KRASNEY/NOELL/ZÖLLNER Das landwirtschaftliche Sozialrecht und Möglichkeiten seiner Fortentwicklung, 1982
- KRAUSE Eigentum an subjektiven öffentlichen Rechten, 1982
- ders. Einführung in das Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialgesetze, 3. Aufl. 1987, S. 21
- KRAUSE/V. MAYDELL/MERTEN/MEYDAM Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (GK-SGB IV), 1978
- KRUPP/GALLER/GROHMANN/HAUSER/WAGNER Alternativen der Rentenreform '84, 1981
- KRUPP/GLATZER Umverteilung im Sozialstaat, 1978
- KÜBLER (Hrsg.), Verrechtlichung von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Solidarität, 1985
- KÜHN Kommunale Sozialverwaltung 1985
- KUGLER Rehabilitation in der Rentenversicherung (hrsg. von der BfA), 2. Aufl. 1984
- LABISCH/TENNSTEDT Gesellschaftliche Bedingungen öffentlicher Gesundheitsvorsorge, 1988
- LAMPERT Lehrbuch der Sozialpolitik, 1985
- LAUFER/EIBS/OTT Krankenversicherung der Rentner, 7. Aufl. 1987
- LEHR u. a. Gerontologie – eine interdisziplinäre Wissenschaft, 1987
- LEIBFRIED Armuts politik und die Entstehung des Sozialstaats, 1985
- LEIBFRIED/TENNSTEDT (Hrsg.), Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, 1985
- LEIBFRITZ u. a. Sicherung der Altersvorsorge durch Aufgabenteilung zwischen Individualversicherung und gesetzlicher Rentenversicherung, 1986
- LEMME Der Status der Landesversicherungsanstalten als landes- oder bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechts, 1972
- LEOPOLD Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, 3. Aufl. 1980
- LICHTENBERG (Hrsg.), Sozialpolitik in der EG, 1986
- LÖWISCH/HETZEL Früherer Ruhestand durch Vorverlegung der Altersgrenze in der Rentenversicherung und Versorgungsleistungen des Arbeitgebers, 1983
- LYON-CAEN/LYON-CAEN Droit social international et européen, 6. Aufl. 1985
- MACKENROTH Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Bd. 4, 1952
- MAIER Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung, Text und Erläuterungen zum 1. Eherechtsreformgesetz, 3. Aufl. 1987

- V. MANGOLDT/KLEIN/STARCK Das Bonner Grundgesetz – Kommentar, 3. Aufl. 1985
- MAUNZ/DÜRIG u. a. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, Loseblatt
- MAUNZ/SCHRAFT u. a. Die Sozialordnung der Gegenwart, 1973
- MAURER Allgemeines Verwaltungsrecht, 6. Aufl. 1988
- V. MAYDELL Harmonisierung der Alterssicherung, 1984
- ders. Sach- und Kollisionsnormen im internationalen Sozialversicherungsrecht, 1967
- V. MAYDELL/BOECKEN Möglichkeiten der Weiterentwicklung des landwirtschaftlichen Sozialrechts unter besonderer Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen, Schriftenreihe des BML, Reihe A, Nr. 352, 1988
- V. MAYDELL/KANNENGIESSER (Hrsg.), Handbuch der Sozialpolitik, 1988
- V. MAYDELL/RULAND (Hrsg.), Sozialrechtshandbuch (SRH), 1988
- V. MAYDELL/SCHELLHORN Gemeinschaftskommentar zum Sozialgesetzbuch (GK–SGB X 3), 1984
- MEINHOLD Fiscalpolitik und Sozialpolitische Parafisci, 1976
- MERKLE/MICHEL Fremdreten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz (FANG), Loseblatt
- METZE Soziale Sicherung und Einkommensverteilung, 1974
- MIEGEL Sicherheit im Alter. Plädoyer für die Weiterentwicklung des Rentensystems, Schriften des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 4, 1981
- MIEGEL/WAHL Gesetzliche Grundsicherung – Private Vorsorge – Der Weg aus der Rentenkrise, 1985
- MIESBACH/BUSL Reichsknappschaftsgesetz, Kommentar, Loseblatt
- MOLITOR Soziale Sicherung, 1987
- MOLITOR/WATRIN Grenzen des Sozialstaates in ökonomischer und ordnungspolitischer Sicht, 1977
- MROZYNSKI Rehabilitationsrecht, 2. Aufl. 1986
- MÜLLER (Hrsg.), Sozialrecht in Wissenschaft und Praxis, FS Schieckel, 1978
- MÜLLER-FREIENFELS Sozialversicherungs-, Familien- und Internationalprivatrecht und das Bundesverfassungsgericht – Die ›hinkende‹ englische Witwe und ihre deutsche Hinterbliebenenrente, 1984
- V. MÜNCH (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. 1: 3. Aufl. 1985, Bde. 2 und 3: 2. Aufl. 1983
- NELL-BREUNING/FETSCH Drei Generationen in Solidarität, 1981
- NEUMANN (Hrsg.), Ansprüche, Eigentums- und Verfügungsrechte, 1984
- NEUMANN Möglichkeiten zur Entlastung der gesetzlichen Rentenversicherung durch kapitalbildende Vorsorgemaßnahmen, 1986
- NEUMEYER Internationales Verwaltungsrecht, Bd. 4, Allgemeiner Teil, 1936
- NIEMEYER u. a. Beiträge zur Rentenpolitik, 1986
- NIGGEMEYER Der Einkommensschutz durch die Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland bei Minderung und Verlust der Erwerbsfähigkeit, 1986
- NITSCHKE Die Geschichte des Leistungs- und Beitragsrechts der gesetzlichen Rentenversicherung von 1889 bis zum Beginn der Rentenreform, 1986
- NOELL Die Altershilfe für Landwirte (GAL), Kommentar, 10. Aufl. 1983
- NOLTE, D. Die gesetzliche Rentenversicherung als unüberwindbare Barriere

- der Sozialpolitik?, Analyse des Rentenversicherungssystems im Hinblick auf die Finanzierung der Sozialrenten, 1988
- NOLTE, J. Krankenversicherung der Rentner, 4. Aufl. 1986
- OECD Ageing Populations – The Social Policy Implications, 1988
- OGUS/BARENDT The Law of Social Security, 2. Ausgabe 1982
- OPIELKA/OSTNER Umbau des Sozialstaates, 1987
- OSTROP/EGGERS/KÖHLER Neugestaltung der Alterssicherung, 1969
- PALANDT Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, 4. Aufl. 1989
- ders. Eigentumsgarantie des Grundgesetzes im Wandel, 1984
- PELIKAN Rentenversicherung mit Versorgungsausgleich im Scheidungsfalle, 7. Aufl. 1988
- PENTENRIEDER Alterssicherung sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, 1982
- PETERS, H. Die Geschichte der sozialen Versicherung, 3. Aufl. 1978
- ders. Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren (SGB X), Kommentar, Loseblatt
- PETERS/HOMMEL Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil (SGB I), Kommentar, Loseblatt
- PETERS, W. Theorie der Renten- und Invaliditätssicherung, 1989
- PETERS/MENGERT Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (SGB IV), Kommentar, Loseblatt
- PFAFF/VOIGTLÄNDER (Hrsg.), Sozialpolitik im Wandel, 1978
- PHILIP Droit social européen, 1985
- PICKEL Das Verwaltungsverfahren, Kommentar zum SGB X, Loseblatt
- ders. Lehrbuch des sozialrechtlichen Verwaltungsverfahrens, 2. Aufl. 1985
- PINDING/FISCHER-HARRIEHAUSEN Sozialmedizin, 1977
- PLASCHKE Gesellschaftliche Sicherheit alter Menschen, 1983
- PLÖGER/WORTMANN (Hrsg.), Deutsche Sozialversicherungsabkommen mit ausländischen Staaten, Kommentar und Textsammlung, Loseblatt
- POLETZKY Sozialversicherungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (hrsg. von der LVA Berlin), 1981
- POMPE Leistungen der sozialen Sicherheit bei Alter und Invalidität für Wanderarbeitnehmer nach Europäischem Gemeinschaftsrecht, 1986
- PRELLER Praxis und Probleme der Sozialpolitik, 1970
- ders. Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Reprint 1978
- PRINZ Sozialhilferecht, 3. Aufl. 1987
- Prognos: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und gesetzliche Rentenversicherung vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Bevölkerung, 1987
- PÜLLMANN/SAWUSCH/v. MOERS BVG – Sozialgesetzbuch/Soziales Entschädigungsrecht, Loseblatt
- RAAPE/STURM Internationales Privatrecht, Bd. I: Allgemeine Lehren, 6. Aufl. 1977
- REBMANN/SÄCKER (Hrsg.), Münchener Kommentar zum BGB, 2. Aufl. 1984 ff.
- REICHSTHALER Die mittelfristige Rentensanierung 1975–1978, Diss. 1986
- REIDEGELD Die Sozialversicherung zwischen Neuordnung und Restauration, 1982
- RICHTER, A. Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherheit, 1979
- ders. Privatversicherungsrecht, 1980
- RICHTER, L. Sozialversicherungsrecht, 1931
- RIEDMÜLLER/RODENSTEIN (Hrsg.), Wie sicher ist die soziale Sicherung?, 1989

- RISCHE Ausgleichsansprüche zwischen Sozialleistungsträgern – Systembildung und Rangfolge, Diss. 1978
- ROHRBECK (Hrsg.), Aktuelle Probleme der Versicherungswirtschaft, 1954
- ders. (Hrsg.), Beiträge zur Sozialversicherung, FS Krohn, 1954
- ROHRLACH/KRÜGER Anrechnungsfähige Versicherungsjahre (2 Bde.), 3. Aufl. 1987
- dies. Wartezeitrecht, 2. Aufl. 1987
- dies. Versicherungspflicht und Beitragsentwicklung abhängig Beschäftigter (2 Bde.), 1986, 1987
- ROHWER-KAHLMANN/STRÖER Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil, Kommentar, 1979
- ROLF Rentenversicherung und Konjunktur, insbesondere konjunkturelle Wirkungen alternativer Rentenanpassungsverfahren, Diss. 1989
- ROLF/SPAHN/WAGNER Sozialvertrag und Sicherung, 1988
- RÜFNER Einführung in das Sozialrecht, 1977
- ders. Empfiehlt es sich, die soziale Sicherung für den Fall von Personenschäden, für welche die Allgemeinheit eine gesteigerte Verantwortung trägt, neu zu regeln?, Gutachten für den 49. DJT, 1972
- RULAND Familiärer Unterhalt und Leistungen der sozialen Sicherheit, 1973
- ders. (Hrsg.), In Verantwortung für die Deutsche Rentenversicherung, FS Kolb, 1987
- ders. Möglichkeiten und Grenzen einer Annäherung der Beamtenversorgung an die gesetzliche Rentenversicherung, 1983
- ders. Sozialrecht, in: v. Münch (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 8. Aufl. 1988, S. 365
- RULAND/TIEMANN Versorgungsausgleich und steuerliche Folgen der Ehescheidung, 1977
- SABEL Sozialgesetzbuch, Textausgabe mit Begründung, Anmerkungen und weiterführenden Hinweisen, Loseblatt
- SACHSSE/TENNSTEDT Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bde. 1 und 2, 1980/88
- dies. (Hrsg.), Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung, 1986
- Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme, Vergleich der Alterssicherungssysteme und Empfehlungen der Kommission (Berichtsbd. 1); Darstellung der Alterssicherungssysteme und der Besteuerung von Alterseinkommen (Berichtsbd. 2), 1983
- Sachverständigenrat Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Medizinische und ökonomische Orientierung, 1988
- SALADIN/ZENGER Rechte künftiger Generationen, 1988
- SAXER Versicherungsmathematik, 1955
- SCHACHNER Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Pflichtversorgung freier Berufe, 1968
- SCHÄFER Möglichkeiten zur Vereinheitlichung von Rentenleistungen bei verminderter Erwerbsfähigkeit, 1977
- SCHAEFER/BLOHMKE Sozialmedizin, 1972
- SCHENKE/SCHMÄHL (Hrsg.), Alterssicherung als Aufgabe für Wissenschaft und Politik, FS Meinhold, 1980
- SCHEWE/NORDHORN u. a. Übersicht über die soziale Sicherung, 10. Aufl. 1977

- SCHIECKEL Das Gesetz über eine Alterhilfe für Landwirte (GAL), Kommentar, Loseblatt
- SCHIEMANN Argumente und Prinzipien bei der Fortentwicklung des Schadensrechts, 1981
- SCHLENKER Soziales Rückschrittsverbot und Grundgesetz. – Aspekte verfassungsrechtlicher Einwirkung auf die Stabilität sozialer Rechtslagen, 1986
- SCHMÄHL Alterssicherung und Einkommensverteilung – theoretische und empirische Untersuchungen zur Finanzierung, Leistungsgewährung und zur Verteilung zwischen Generationen, 1977
- ders. Beiträge zur Reform der Rentenversicherung, 1988
- ders. Bevölkerungsentwicklung und soziale Sicherung – Auswirkungen demographischer Veränderungen auf die soziale Sicherung im Alter, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit – ein Überblick, in: Felderer (Hrsg.), Beiträge zur Bevölkerungsökonomie, 1986, S. 169
- ders. Soziale Sicherung und Schattenwirtschaft – ein Problemüberblick –, in: Winterstein (Hrsg.), Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise I, 1985, S. 137
- ders. Systemänderung in der Altersvorsorge. Von der einkommensabhängigen Alterssicherung zur Staatsbürger-Grundrente, 1974
- ders. (Hrsg.), Verkürzung oder Verlängerung der Erwerbsphase? – Zur Gestaltung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand in der Bundesrepublik Deutschland, 1988
- ders. (Hrsg.), Versicherungsprinzip und soziale Sicherung, 1985
- ders. Das Rentenniveau in der Bundesrepublik, 1977
- ders. (Hrsg.), Ansätze der Lebenseinkommensanalyse, 1983
- SCHMÄHL/CONRADI/JACOBS/MEIERJÜRGEN/PRINZ Soziale Sicherung 1975–1985, 1986
- SCHMÄHL/HENKE/SCHELLHAASS Änderung der Beitragsfinanzierung in der Rentenversicherung? – Ökonomische Wirkungen des »Maschinenbeitrags«, 1984
- SCHMELING Lexikon des Sozialrechts, 1981
- SCHMIDT-BLEIBTREU/KLEIN Kommentar zum Grundgesetz, 6. Aufl. 1983
- SCHMITT Die Handlungsfähigkeit im Sozialrecht, 1982
- SCHMITT-GLAESER (Hrsg.), Verwaltungsverfahren, FS zum 50jährigen Bestehen des Boorberg-Verlages, 1977
- SCHMITT-LERMANN Die Verfassungsmäßigkeit der Pflichtmitgliedschaft bei der Bayerischen Ärzteversorgung, Rechtsgutachten, 1954
- ders. Hundert Jahre Bayerische Versicherungskammer, 3. Aufl. 1975
- SCHNEIDER Der verfassungsrechtliche Schutz von Renten der Sozialversicherung, 1980
- SCHNEIDER Kumulation oder Konkurrenz sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche deutscher Arbeitnehmer bei Aufenthalt und Tätigkeit im Ausland?, Diss. 1963
- SCHNIEWIND Gesetzliche Rentenversicherung und Konsum, 1989
- SCHOLLER Beiträge zum Behinderten- und Rehabilitationsrecht, 1986
- SCHOLZ Sozialstaat zwischen Wachstum und Rezessionsgesellschaft, 1981
- SCHOLZ/PITSCHAS Sozialstaat und Gleichheit, Festschrift zum 25jährigen Bestehen des BSG, 1979, S. 627 ff.
- SCHREIBER Zum System sozialer Sicherung, 1971

- SCHROEDER-PRINTZEN (Hrsg.), Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren (SGB X), Kommentar, 1981 mit Ergänzungsband 1984
- SCHÜLE Flexibilisierung der Altersgrenzen, 1988
- SCHULER Das Internationale Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland, 1988
- SCHULIN Die soziale Sicherung der Behinderten, 1981
ders. Sozialrecht, 3. Aufl. 1989
- SCHULTE Das Sozialrecht in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, in: Wannagat (Hrsg.), JbSozR Bd.1 (1979) – Bd.8 (1986), Bd.10 (1988); (Bde. 1–3 zusammen mit Zacher)
- SCHWARZ Familienpolitik und demographische Entwicklung in den Bundesländern nach dem zweiten Weltkrieg, 1988
- SEFFEN Soziale Sicherung bei Pflegebedürftigkeit, 1989
- SEIDL-HOHENVELDERN (Hrsg.), Lexikon des Rechts (LdR) – Völkerrecht, 1985
ders. Völkerrecht, 5. Aufl. 1984
- SIEBECK Das Recht der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, Handbuch, Loseblatt
- SIEVEKING Die Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen an Ausländer – Ein Beitrag zum Eigentumsschutz sozialer Rechtspositionen, 1988
- SILOMON Sozialmedizin – Eine Einführung für Sozialversicherungsfachleute, 1978
- SILOMON u. a. Sozialmedizin – Sozialrecht, Gesundheitsökonomie, 1986
- SIMITIS/DAMMANN/MALLMANN/REHF Dokumentation zum Bundesdatenschutzgesetz, Loseblatt
- SPÄTH Wende in die Zukunft, 1985
- STANDFEST Sozialpolitik und Selbstverwaltung, 2. Aufl. 1978
- Statistisches Bundesamt, Datennotstand und Datenschutz, 1985
- STEINMANN (Hrsg.), Economic Consequences of Population Change in Industrialized Countries, 1984
- STEINMEYER Die Einstrahlung im internationalen Sozialversicherungsrecht – Kollisionsnormen für ins Inland entsandte Arbeitnehmer und vergleichbare Selbständige, 1981
- STERN Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I: 2. Aufl. 1984, Bd. II: 1980, Bd. III, 1. Halbbd.: 1988
- STOBER (Hrsg.), Eigentumsschutz sozialrechtlicher Positionen, 1986
- STOLLEIS Quellen zur Geschichte des Sozialrechts, 1976
- STOLZ Einkommensumverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, 1983
- STRASSER Grenzen des Sozialstaats, 2. Aufl. 1983
- STREISSLER Kapitalmarkt und Altersversorgung, in: Schneider (Hrsg.), Kapitalmarkt und Finanzierung, 1987, S. 445
- SYRUP/NEULOH 100 Jahre staatlicher Sozialpolitik 1839–1939, 1957
- TENNSTEDT Berufsunfähigkeit im Sozialrecht, 1972
ders. Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Vom 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, 1981
ders. Sozialgeschichte der Sozialversicherung, in: Blohmke u. a. (Hrsg.), Handbuch der Sozialmedizin, Bd. 3, 1976, S. 385
- TERWEY Die rechtliche Betreuung des Bürgers nach dem Sozialgesetzbuch, Diss. 1980
- THIELER Sozialrecht, 2. Aufl. 1987

- THULLEN Die Mathematik der sozialen Rentenversicherung unter dynamischen Bedingungen, 1982
- ders. Mathematische Methoden der Sozialen Sicherheit, 1977
- THUST/TRENK-HINTERBERGER Recht der Behinderten, 2. Aufl. 1989
- Transfer-Enquête-Kommission, Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland (hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung), 1981
- TROTTEMBERG Sozialversicherungsrecht, 1980
- VdK Landesverband Bayern, Rahmenbedingungen der Alterssicherung, Rentnerkaufkraft und Exportwachstum, 1989
- ders. Soziale Sicherung als Voraussetzung der Europäischen Einigung, 1989
- Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) (Hrsg.), Internationales Rentenversicherungsrecht, Beratungsergebnisse beim VDR, Loseblatt
- ders. (Hrsg.), Kommentar zum Recht der gesetzlichen Rentenversicherung (bearbeitet von Bergner u. a.), Loseblatt
- ders. (Hrsg.), Rentenversicherung im internationalen Vergleich – Die allgemeinen Alterssicherungssysteme in neun ausgewählten Staaten, 1989
- VDR-Reformkommission, Zur langfristigen Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung, 1987
- VERDROSS/SIMMA Universelles Völkerrecht, Theorie und Praxis, 3. Aufl. 1984
- VOGEL Bismarcks Arbeitsversorgung, 1951
- WAGNER Umverteilung in der gesetzlichen Rentenversicherung, 1984
- WALLER Sozialmedizin, 1985
- WALLERATH Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl. 1985
- WALTER Gleichbehandlung von Mann und Frau in den Beitrags- und Leistungssystemen der Direktversicherungen, 1989
- WANNAGAT (Hrsg.), Jahrbücher des Sozialrechts der Gegenwart (JbSozR), 1979 ff.
- ders. (Hrsg.), Sozialgesetzbuch (SGB I; SGB IV), Kommentar, Loseblatt
- ders. Lehrbuch des Sozialversicherungsrechts, Bd. I, 1965
- WASSERMANN (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz – Reihe Alternativkommentare (AK), 1984
- WATSON Social Security Law of the European Communities, 1980
- WEBER Stammrecht und Einzelsprüche bei wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts, 1978
- WEBER/LEIENBACH Soziale Sicherung in Europa, 1989
- WEGENER Staat und Verbände im Sachbereich Wohlfahrtspflege, 1978
- WEGMANN Transferverfassungsrechtliche Probleme der Sozialversicherung, 1987
- Wegweiser für die Alterssicherung, FS Heubeck, 1986
- WERTENBRUCH (Hrsg.), Bochumer Kommentar (BochKomm) zum Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil, 1979
- ders. (Hrsg.), Sozialverfassung – Sozialverwaltung, 1974
- WICKENHAGEN Internationales Sozialversicherungsrecht – Eine Einführung, 2. Aufl. 1982
- WIEGAND Das Europäische Gemeinschaftsrecht in der Sozialversicherung – Die EWG-Verordnungen Nr. 1408/71 und 574/72 –, 1983
- WILL/RILL (Hrsg.), Die Rentenversicherung im Jahre 2000, Überlegungen und Thesen, 1986

- WINTERSTEIN Das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland, 1980
- Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Leistungen für die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland, 1979
- Wissenschaftliches Institut öffentlicher Dienst (WIÖD): Alterssicherungssysteme im Vergleich – Mit Beiträgen von Ulrich Battis u. a., 1988
- WOCHNER Persönlichkeitsschutz im grenzüberschreitenden Datenverkehr, 1981
- WOLFF Das internationale Privatrecht Deutschlands, 3. Aufl. 1954
- WOLFF/BACHOF Verwaltungsrecht, Bd. I: 9. Aufl. 1975; Bd. III: 4. Aufl. 1978
- WOLFF/BACHOF/STOBER Verwaltungsrecht, Bd. II: 5. Aufl. 1987
- WUSSOW/KÜPPERSBUSCH Ersatzansprüche bei Personenschaden, 4. Aufl. 1986
- ZACHER (Hrsg.), Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung, 1979
- ders. (Hrsg.), Die Rolle des Beitrags in der sozialen Sicherung, 1980
- ders. Einführung in das Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland, 1983
- ders. Entstehung, Wandel und Fehlentwicklung des Sozialstaats in der Bundesrepublik Deutschland, in: Weigelt (Hrsg.), Die soziale Marktwirtschaft erneuern, 1986, S. 27
- ders. Grundtypen des Sozialrechts, Festschrift für Wolfgang Zeidler, 1987, S. 571 ff.
- ders. Internationales und Europäisches Sozialrecht (Textsammlung), 1976
- ders. Materialien zum Sozialgesetzbuch, Loseblatt
- ders. (Hrsg.), Soziale Sicherung durch soziales Recht, FS Peters, 1975
- ders. Sozialgesetzbuch, Textausgabe, Loseblatt
- ders. Sozialpolitik und Verfassung im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland, 1980
- ders. Sozialrecht, in: Weber-Fas (Hrsg.), Jurisprudenz, 1978, S. 407
- ders. (Hrsg.), Sozialrechtsvergleich im Bezugsrahmen internationalen und supranationalen Rechts, Schriftenreihe für Internationales und Vergleichen des Sozialrecht, Bd. 2, 1978
- ders. Sozialstaatsprinzip; in: HdWW, 1977–1983, S. 152
- ZACHMANN/KRAUSHAAR Betriebliche Altersversorgung, Loseblatt
- ZIMMER Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, Loseblatt
- ZWENG/SCHAEFERER/BUSCHMANN Handbuch der Rentenversicherung, Loseblatt
- ZWINNGI Versicherungsmathematik, 1958

3. Entwicklungslinien der 100jährigen Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung Die Rentenreform 1957

von Prof. Dr. HANS GÜNTER HOCKERTS

Inhaltsübersicht

	Rz.
I. Epochenäsur	1,2
II. Sozialreform oder Rentenreform?	3-6
III. Der mühsame Weg zum Regierungsentwurf	7-13
1. Initialzündung »Schreiber-Plan«	7-10
2. Kabinettskonflikt	11-13
IV. Regierungs- und Oppositionsentwurf im Vergleich	14-17
1. Konvergenz der Konzeptionen	14, 15
2. Die neue Rentenformel	16, 17
V. Reaktionen der Verbände	18-20
VI. Der parlamentarische Entscheidungsprozeß	21-29
1. Kontroversen im Regierungslager	21-25
2. Ausschuß- und Plenarberatungen des Bundestages	26-29
VII. Bilanz	30-32

I. Epochenäsur

Die Rentenreform 1957 stellt in mehrfacher Hinsicht eine Epochenäsur dar. 1 Dies gilt zunächst für die Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung, die mit *neuen Ordnungsideen* auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Die Rente erhielt »Lohnersatzfunktion«, verlor also für langjährig Versicherte den ärmlichen Charakter einer Überlebenshilfe. Und sie wurde »dynamisiert«, mithin in ein geregeltes Entwicklungsverhältnis zur allgemeinen Einkommensbewegung gesetzt. Mit der »dynamischen Rente« wuchs das Leistungsniveau der sozialen Sicherung erstmals deutlich über die Bedarfsgrenze des Existenzminimums hinaus: Als neues und für die weitere Sozialrechtsentwicklung typisches Ziel rückte die sozialpolitische Absicherung des erworbenen Lebensstandards, des relativen sozialen Status in den Bereich des Möglichen. Zäsurwirkung hat diese Rentenreform mithin auch für die Geschichte der Sozialversicherung, ja des Sozialstaats im ganzen. Sie hat die Sozialversicherung von der Assoziation befreit, lediglich ein Notbehelf für arme Leute zu sein; sie bedeutete eine »radikale qualitative Aufwertung von Sozialstaat«¹. Schon zeitgenössisch ist die Rentenreform als »das wohl bedeutendste Sozialgesetzeswerk seit der Einführung der Sozialversicherung und seit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung« wahrgenommen worden².

1 Bogs in: Blüm/Zacher (Hrsg.), 40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 306.

2 Welt der Arbeit, 25. 1. 1957.

- 2 Epoche machte die Rentenreform schließlich auch im Hinblick auf die deutsche *Sozialgeschichte*. Durch Verstetigung des Lebensarbeitseinkommens förderte sie den Abschied von der durch Existenzunsicherheit gekennzeichneten proletarischen Lebenslage. Mit der Einebnung sozialrechtlicher Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten förderte sie die Bildung einer übergreifenden Arbeitnehmerkategorie. Zudem entlastete sie die Struktur der Gesellschaft weitgehend von einem großen traditionellen Konflikt, der in der krassen Verteilungsdisparität zwischen der erwerbstätigen und der nicht mehr erwerbstätigen Generation begründet lag. Durch die Idee des »Generationenvertrags« normativ bekräftigt, hat die Rentenreform hier relativ viel Ausgewogenheit hergestellt – freilich in den Grenzen eines Bezugsrahmens, der auf das Leitbild des lebenslang voll erwerbstätigen (in der Regel männlichen) Arbeitnehmers zugeschnitten blieb.

II. Sozialreform oder Rentenreform?

- 3 Die Rentenreform von 1957 stand am Ende einer Legislaturperiode, an deren Anfang sowohl die von den Unionsparteien geführte Regierungskoalition wie auch die sozialdemokratische Opposition ein wesentlich umfassenderes Reformwerk angekündigt hatte³. Die SPD war in den Bundestagswahlkampf 1953 mit Grundzügen eines »Sozialen Gesamtplans« hineingegangen, der versuchte, Elemente der neuen britisch-skandinavischen Welfare-State-Konzeption (z. B. allgemeine Staatsbürger-Grundrente, überwiegend steuerfinanzierter nationaler Gesundheitsdienst) auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen. In der seine zweite Amtsperiode einleitenden Regierungserklärung (1953) erhob auch Bundeskanzler Adenauer eine »umfassende Sozialreform« zum Regierungsprogramm. Damit sollte die Improvisationsperiode der Nachkriegszeit abgeschlossen und im sozialpolitischen Bauabschnitt des neuen Staates durchgreifend Klarheit und Ordnung geschaffen werden.
- 4 Tatsächlich zielte die regierungsinterne Arbeit bis Ende 1955 auf die Entwicklung einer Gesamtkonzeption einer Sozialleistungsreform. Davon zeugen auch große *Gutachten* und Denkschriften, die im Regierungsauftrag entstanden sind. So stellte WALTER BOGS die »Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherheit und seiner Reform« (Berlin 1955) dar; im persönlichen Auftrag Adenauers legten HANS ACHINGER, JOSEPH HÖFFNER, HANS MUTHESIUS und LUDWIG NEUNDÖRFER die als »Rothenfelser Denkschrift« bekannt gewordene Studie »Neuordnung der sozialen Leistungen« (Köln 1955) vor. Das Bundesarbeitsministerium richtete einen »Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen« ein und bildete ressortintern ein »Generalsekretariat für die Sozialreform«, das unter der Leitung von KURT JANTZ junge, reformfreudige Beamte (wie DIETER SCHEWE, DETLEV ZÖLLNER, HARTMUT HENSEN) vereinte. In einem verwinkelten Kampf um Kompetenz- und Verfahrensfragen entstand ein besonderer Kabinettsausschuß für Fragen der Sozialreform (»Sozialkabinett«).
- 5 Die Gesamtkonzeption-Planungen der Bundesregierung liefen sich jedoch fest. Dazu führte nicht zuletzt ein *Konzeptionenstreit* zweier Hauptkontrahenten.

³ Zum folgenden HOCKERTS S. 216–319; RICHTER (Hrsg.), Die Sozialreform, Loseblatt.

Indem er sich als Speerspitze aller an fürsorgerechtlichen Formen der Armutsbewältigung orientierten Kräfte anbot, strebte Bundesfinanzminister FRITZ SCHÄFFER eine Umstrukturierung des Sozialleistungsgefüges nach dem »Bedarfsprinzip« an. Darunter verstand er die Bindung aller steuerfinanzierten Sozialleistungen einschließlich der sehr erheblichen Staatszuschüsse zur Sozialversicherung an den Nachweis individueller Bedürftigkeit. Eine solche Geburt der Sozialreform aus dem Geiste des Bedürftigkeitsprinzips lehnte hingegen Bundesarbeitsminister ANTON STORCH entschieden ab. Ihm ging es vielmehr um eine sozialversicherungsrechtliche Abhebung der Arbeitnehmer-schaft von den stigmatisierenden Formen traditioneller Armutsfürsorge. Anders als das Finanzressort, das mit einem umfassenden Reformplan die konkurrierenden Ansprüche zur wechselseitigen Mäßigung zwingen wollte, bevorzugte das Arbeitsressort ein schrittweises Vorgehen, wobei es in der Rentenversicherung den vordringlichsten Teilbereich sah.

Mehrere Faktoren führten Ende 1955 zu einem Konstellationswandel, der die Gesamtkonzeption-Planungen auf ein bald zum Stillstand führendes Nebengleis schob und eine Reform der *Rentenversicherung* ins Zentrum rückte. Das war zum einen eine Art Befreiungsschlag des Bundeskanzlers, der aus dem lähmenden Gesamtreform-Disput herausführen und die Energien auf eine noch vor den Bundestagswahlen von 1957 realisierbare Teilreform konzentrieren wollte. Das entsprach zugleich der Einsicht, daß in der Verelendung der Rentner sozialer Sprengstoff lag: Daß die Sozialrentner zu den Stiefkindern des Wirtschaftswunders gehörten, hatte eine Enquete des Statistischen Bundesamts soeben noch einmal eindringlich untermauert⁴. Als Initialzündung wirkte indessen ein Anstoß von außen: der »Schreiber-Plan«.

III. Der mühsame Weg zum Regierungsentwurf

1. Initialzündung »Schreiber-Plan«

Auf Einladung Adenauers referierte WILFRID SCHREIBER, Kölner Privatdozent für Wirtschaftstheorie und Geschäftsführer des Bundes katholischer Unternehmer, im Dezember 1955 vor dem Sozialkabinett über die Grundzüge eines Rentenreformplans. ADENAUER hatte eine einschlägige Publikation SCHREIBERS⁵ kennengelernt und so beachtlich gefunden, daß er sie in die konzeptionellen Überlegungen der Bundesregierung einbeziehen wollte.

SCHREIBERS *Grundgedanken* waren ebenso einfach wie radikal: Jeder Erwerbstätige zahlt laufend einen festen Prozentsatz seines Bruttoeinkommens in die »Rentenkasse des deutschen Volkes«, und diese gibt das jährliche Beitragsaufkommen jeweils voll an die Rentner weiter. Die Beiträge werden in Form von Anspruchspunkten gutgeschrieben, und der Quotient aus allgemeinem Beitragsaufkommen und der Summe aller Anspruchspunkte ergibt dann den jähr-

⁴ Die sozialen Verhältnisse der Renten- und Unterstützungsempfänger, Heft 1: Die Sozialleistungen nach Leistungsfällen und Empfängern im September 1953, 1955; Heft 2: Die sozialen Verhältnisse der Haushaltungen mit Sozialleistungsempfängern im Frühjahr 1955, 1957.

⁵ SCHREIBER Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft, 1955.

lich neuen Wert jedes Anspruchspunktes. Der Plan brach also mit dem alten Dogma des Kapitaldeckungsverfahrens zugunsten eines reinen Umlageverfahrens, für das SCHREIBER den einprägsamen Begriff des »Solidar-Vertrags zwischen jeweils zwei Generationen« fand, und er koppelte die Rentenhöhe automatisch an die Entwicklung der Arbeitseinkommen. Hiermit glaubte SCHREIBER einen gravierenden *Konstruktionsfehler* der klassischen Rentenformel behoben zu haben, denn diese berechnete die Rente nach dem Nominalwert von Beiträgen, die von der Lohn- und Preisentwicklung längst überholt waren, wenn der Versicherte aus dem Arbeitsleben ausschied, und auch während des Rentenbezugs sank sein Lebensstandard bei steigenden Preisen und/oder bei wachsender Konsumkraft der Erwerbstätigen immer tiefer, sofern der Gesetzgeber sich nicht zu immer neuen von Gunst oder Ungunst des Augenblicks abhängigen Eingriffen entschloß.

- 9 Ohne die politische *Impulswirkung* des Schreiber-Plans schmälern zu wollen, muß man hervorheben, daß ähnliche Gedanken, wenn auch weniger zugespitzt, damals vielfach in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion geäußert wurden. GERHARD MACKENROTHS berühmter Satz, daß »aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden« müsse und es insofern volkswirtschaftlich »immer nur ein Umlageverfahren« gebe⁶, artikulierte eine inzwischen weithin geteilte Einsicht. Ebenso wurde das Prinzip einer Koppelung der Renten an variable Größen vielfach, wenn auch meist noch ohne operative Klarheit diskutiert. Immerhin lagen im »*Generalsekretariat* für die Sozialreform« im Herbst 1955 schon verschiedene Varianten einer neuen Rentenformel bereit, die viel Ähnlichkeit mit dem legislatorischen Resultat von 1957 aufweisen. Während SCHREIBER den Beitragssatz konstant halten und insofern das demographische Risiko einseitig auf der Seite der Rentner lokalisieren wollte, betrachtete das Generalsekretariat umgekehrt die Rente-Lohn-Relation als das zu bewahrende und das Finanzierungssystem als das gegebenenfalls zu variierende Element. Ein weiterer bedeutender Unterschied lag darin, daß SCHREIBERS Modell die Höhe des anzustrebenden Renten-niveaus offen ließ, während das Generalsekretariat den Gedanken der Lohn-koppelung mit der anderen neuen Ordnungsidee verband: die Rente so zu bemessen, daß sie den individuell erarbeiteten Lebensstandard im Alter aufrecht erhält.
- 10 Schon vor SCHREIBERS Vortrag im Sozialkabinett hatte das Generalsekretariat seine Gedanken in interministeriellen Verhandlungen zur Diskussion gestellt, war dabei aber auf erhebliche *Widerstände* gestoßen. In dieser Situation schlug nun das Zusammenspiel ADENAUER/SCHREIBER eine Bresche, die das Generalsekretariat dann zur Durchsetzung eigener Gedankengänge nutzen konnte. Es ist also nicht so, wie gelegentlich dargestellt wird, daß der regierungsinterne Siegeszug der dynamischen Rente der Sieg eines Außenseiters über die Bürokratie gewesen sei. Vielmehr konvergierten hier ähnliche Überlegungen, und es dürfte in erster Linie der geringen persönlichen Hebelkraft des Ministers STORCH zuzuschreiben sein, daß die Dinge erst durch den Kontakt ADENAUER/SCHREIBER wirklich in Bewegung geraten sind.

6 MACKENROTH Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, 1952, S. 41.

2. Kabinettskonflikt

Um die Jahreswende 1955/56 arbeitete KONRAD ADENAUER eine vom Generalsekretariat vorbereitete Vorlage über die wichtigsten Entscheidungsalternativen durch⁷. Dabei stimmte er dem Gedanken einer Koppelung der Rente an die Lohnentwicklung zu, und zwar sowohl für die Erstfestsetzung der Rente (Hochrechnung aller früheren Beitragswerte auf das beim Eintritt ins Rentenalter aktuelle Lohnniveau) wie auch für die laufende Anpassung der Bestandsrenten. Darin sah er eine Chance, das Rententhema zu *entpolitisieren* und insbesondere aus den Unwägbarkeiten der Wahlkämpfe herauszuhalten. Er akzeptierte den Gedanken, daß die Altersrente »den im Arbeitsleben erworbenen Lebensstandard« sichern solle. Er befürwortete eine verstärkte Bekämpfung der Frühinvalidität durch Prävention und Rehabilitation und wünschte, daß die Invaliditätsrente »eine ausreichende Lebenssicherung« gewährleiste. Eine Knüpfung von Rentenzahlungen an Bedarfsprüfungen lehnte er ab, ebenso ein reines Umlageverfahren, wie es SCHREIBER gewünscht hatte, plädierte vielmehr für eine Sicherheitsreserve zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen. Im Unterschied zu SCHREIBER wünschte ADENAUER auch keine völlige Streichung des Staatszuschusses, den er allerdings »möglichst gering« gehalten wissen wollte. Er befürwortete die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Arbeitnehmer und empfahl, auch Selbständige bis zu einem bestimmten Einkommen in die Rentenversicherung einzubeziehen. Die Frage der Sicherung der Selbständigen trennte er jedoch bald wieder ab, um die Durchsetzungschance der Rentenversicherungsreform zu erhöhen.

Anschließend suchte ADENAUER diese Vorentscheidungen in Beschlüsse des *Sozialkabinetts* umzusetzen. Tatsächlich verkündete ein Kommuniqué dieses Kabinettsausschusses im Januar 1956: »Das Kernstück der Neuregelung bildet der Übergang von der statischen zur sogenannten dynamischen Leistungsrente«. Einen Monat später hieß es jedoch im nächsten Kommuniqué: »Da der Ausdruck dynamische Rente sprachlich falsch ist, soll an seine Stelle der Ausdruck Produktivitätsrente treten«⁸.

Wie diese terminologische Unsicherheit andeutet, stieß ADENAUER im Sozialkabinett auf tiefgreifende *Meinungsverschiedenheiten*. Bis das Kabinett sich im Mai 1956 auf einen Gesetzentwurf einigte, galt der von heftigen Auseinandersetzungen in der politischen Öffentlichkeit begleitete regierungsinterne Streit vor allem der Frage, wie die Bezugsgröße und die Verfahrensweise bei der periodischen Anpassung der laufenden Renten zu definieren sei. Vor allem die Minister ERHARD und SCHÄFFER äußerten aus Gründen, die sich zum Teil mit Einwänden opponierender Verbände deckten (vgl. u. Rz. 19), größte Bedenken gegen eine automatische Anpassung der laufenden Renten an die Lohnentwicklung. Beide Minister setzten sich mit Vehemenz für nicht-automatische Verfahren und preisbereinigte Bezugsgrößen ein, um die Rentner zwar an der wachsenden Produktivität zu beteiligen, aber nicht aus dem Geldentwertungsrisiko zu entlassen. Umgekehrt dachte Minister Storch, insofern mehr von frühe-

7 Zum folgenden HOCKERTS S. 220–425; neuerdings auch ROTH Rentenpolitik in der Bundesrepublik, 1989.

8 Bulletin 21. I. 1956, S. 117 bzw. 21. 2. 1956, S. 297.

ren Inflationserfahrungen als vom konzeptionellen Zugriff seiner Mitarbeiter im Generalsekretariat geprägt, in erster Linie an einen Geldwertschutz für die Rentner, was mehr auf eine Berücksichtigung der Preis- als der Lohnentwicklung zielte.

IV. Regierungs- und Oppositionsentwurf im Vergleich

1. Konvergenz der Konzeptionen

- 14 Der Regierungsentwurf war ein Kompromiß, der nicht zuletzt unter dem Druck einer konkurrierenden, unter der Leitung von ERNST SCHELLENBERG ausgearbeiteten, Gesetzesvorlage der SPD zustande kam⁹. Vergleicht man Regierungs- und Oppositionsentwurf, so fällt zunächst eine weitgehende Ähnlichkeit der Ziele und Methoden auf. Unter Preisgabe früherer Konzeptionselemente wie einer steuerfinanzierten Grundrente für alle Staatsbürger war die maßgebliche Oppositionspartei offensichtlich bestrebt, sich zwecks Optimierung des Durchsetzbaren nicht allzu weit vom parlamentarisch Konsensfähigen zu entfernen. Bei dieser von der ministerial-bürokratischen Seite geförderten *Konvergenz* spielte die Überzeugung eine Rolle, daß eine so grundlegende Reform auf Dauer angelegt und daher auf einer breiten Parlamentsmehrheit aufgebaut werden müsse.
- 15 Beide Entwürfe unternahmen es, das gesamte Recht der gesetzlichen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung neu zu gestalten, ohne die bestehende organisatorische Struktur in Frage zu stellen. Beide sahen keine beitragsunabhängigen Rentenbestandteile mehr vor, stärkten insofern das *Versicherungs- und Äquivalenzprinzip*, führten jedoch (in divergierendem Ausmaß) als Elemente des sozialen Ausgleichs Ersatz-, Ausfall- und Zurechnungszeiten ein. Beide bezogen alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens in die Versicherungspflicht ein, sahen für Arbeiter und Angestellte gleiches materielles Recht vor, und ersetzten – bei Unterschieden im Detail – die alten Begriffsbestimmungen der Invalidität (Arbeiter) und Berufsunfähigkeit (Angestellte) durch neue, für beide Versicherungszweige einheitliche Definitionen von »Berufsunfähigkeit« und »Erwerbsunfähigkeit«. Beide klammerten die Frage der Sicherung der Selbständigen aus; im Unterschied zum Regierungsentwurf hielt die Opposition aber die Möglichkeit zur freiwilligen Versicherung generell offen.

2. Die neue Rentenformel

- 16 Das Kernstück beider Entwürfe war eine neue, »dynamische« *Rentenformel*, die vier Faktoren multiplikativ miteinander verknüpfte: Zur Messung der Lebensarbeitsleistung wird
 - die Zahl der jeweils anrechnungsfähigen Versicherungsjahre und
 - das Verhältnis des jeweils versicherten Bruttolohns zum Durchschnittsbrut-

⁹ BR-Drs. 196/56 (RegE vom 23. 5. 1956); BT-Drucks. 2/2314 (SPD-E vom 18. 4. 1956).

- tolohn aller Versicherten während der gesamten Versicherungszeit (persönliche Bemessungsgrundlage) berücksichtigt; während
- das Instrument der allgemeinen Bemessungsgrundlage die Rentenberechnung auf das aktuelle Lohnniveau bezieht, steuert
 - der Steigerungssatz je Versicherungsjahr die prozentuale Höhe, in der das lebensdurchschnittlich erworbene, aktualisierte Bruttoentgelt durch die Rente ersetzt wird.

Beide Entwürfe wählten als aktualisierende Bezugsgröße (allgemeine Bemessungsgrundlage) den Bruttoarbeitsverdienst aller Versicherten, wobei die Regierung einen gleitenden Dreijahresdurchschnitt und die SPD das jeweils zuletzt vergangene Jahr zugrunde legte. Der Regierungsentwurf wählte den Steigerungssatz für die Altersrente mit 1,5 % so, daß nach 40 Versicherungsjahren 60 % des aktualisierten, lebensdurchschnittlich erworbenen Bruttoentgelts erlangt werden. Durch die Wahl eines höheren Steigerungssatzes (1,8 %) und die Einfügung eines fiktiven Mindesteinkommens in die Rentenberechnung ging die SPD über den Regierungsentwurf hinaus.

Der wohl bedeutendste Unterschied zwischen den beiden Entwürfen lag in der für die periodische Anpassung während der Laufzeit der Renten vorgesehenen Regelung. Die SPD wollte die Renten automatisch der jährlichen Lohnbewegung in Form der allgemeinen Bemessungsgrundlage folgen lassen. Demgegenüber spiegelte der Regierungsentwurf einen prekären *Kabinettskompromiß*. Anpassungsmaßstab sollte die Entwicklung des Nettosozialprodukts zu Faktorkosten sein – ohne Preisbereinigung. Dies hatte ADENAUER mit Vehemenz gegen die opponierenden Minister durchgesetzt. In der Erwartung, daß die parlamentarische Beratung zu einem realistischeren Ergebnis führen werde, hatte er hingegen konzediert, daß die Renten Anpassung zwar automatisch, aber nur alle 5 Jahre vorgesehen werde. 17

V. Reaktionen der Verbände

Die Entstehung der Gesetzesentwürfe war ebenso wie ihre spätere parlamentarische Behandlung von heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit begleitet. Mächtige Verbände und Institutionen opponierten frontal gegen das Prinzip einer Dynamisierung der Renten. In der langen Phalanx der Gegner eines solchen »Rentenformel-Abenteuers« standen vor allem die Arbeitgeberverbände und die Verbände der Banken, der Sparkassen und des privaten Versicherungsgewerbes. Die Geldinstitute und die Versicherungswirtschaft sahen ihre Interessen so stark bedroht, daß ihre Spitzenverbände sich 1956 gegen die Dynamisierung der Renten zur »Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer« zusammenschlossen. Wichtige Unterstützung erhielten die opponierenden Verbände durch die Bank deutscher Länder, deren Direktoriumspräsident, WILHELM VOCKE, zu den eindringlichsten Warnern gehörte, weiterhin durch die »Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft« unter Führung prominenter neoliberaler Nationalökonomten. 18

So differenziert und zahlreich die Bedenken im einzelnen waren, so lassen sie sich doch auf drei Haupteinwände zurückführen. Sie lauteten: 19

- Die geplante Reform sei ein *Inflationstreibsatz*. Denn die Dynamisierung leiste einem währungspolitisch gefährlichen Indexklausel-Denken Vorschub und mache zudem die Masse der Rentner zu Parteigängern überzogener gewerkschaftlicher Lohnforderungen.
- Die Reform bedrohe den *Kapitalmarkt*, da die Aussicht auf ein gesichertes Alter die individuelle Sparneigung vermindern und der steigende Beitragssatz auch die Sparfähigkeit senken werde. Zudem werde der Übergang zu einem Umlageverfahren den Kapitalmarkt durch Entzug von Renten-Dekungskapital in große Schwierigkeiten bringen, insbesondere werde der soziale Wohnungsbau in eine Finanzierungskrise geraten, wenn die Rentenversicherung dort keine Deckungskapitalien mehr anlege.
- Die langfristige *Kostenentwicklung* sei nicht hinreichend kalkulierbar und werde vor allem wegen der zu erwartenden Altersstrukturverschiebung zu einem ernsten Problem werden.

20 Andere Verbände unterstützten die Rentendynamisierung mit Nachdruck, voran der *Deutsche Gewerkschaftsbund*, dessen Vorstellungen sich weitgehend mit dem SPD-Entwurf deckten. Auch die *Deutsche Angestellten Gewerkschaft* stimmte dem Kernstück der Reform zu, entfachte indessen einen Proteststurm gegen andere Aspekte des Regierungsentwurfs. Statt eines für Arbeiter und Angestellte gemeinsamen Gesetzes wünschte sie die Beibehaltung eines besonderen Angestelltenversicherungsgesetzes, ferner die uneingeschränkte Erhaltung des Berufsunfähigkeitsbegriffs; eine Differenzierung der Witwenrente nach Alter oder Kinderzahl der Witwe lehnte sie ab. Im ganzen gehört die Rentenreform zu den am heftigsten umstrittenen Gesetzeswerken der zweiten Legislaturperiode. Die Aktivität der interessierten Verbände trug zu einer ungewöhnlich starken Mobilisierung der Öffentlichkeit bei und setzte die parlamentarischen Beratungen unter einen »ungeheuren Druck«¹⁰.

VI. Der parlamentarische Entscheidungsprozeß

1. Kontroversen im Regierungslager

21 Nachdem der Bundesrat im Juni 1956 mit vielfachen Änderungswünschen zu dem Regierungsentwurf Stellung genommen und der Bundestag diesen Entwurf wie zuvor schon den Oppositionsentwurf seinem sozialpolitischen Ausschuß übergeben hatte, begannen im September 1956 die parlamentarischen Ausschußberatungen. Sie wurden zunächst von Kontroversen innerhalb des Regierungslagers überschattet. Auf Kabinettschene opponierten nach wie vor SCHÄFFER, ERHARD und andere Minister, so daß der Bundeskanzler im Oktober 1956 die Rentenreform explizit in seine Richtlinienkompetenz einbezog. Indessen brachen auch in der über die absolute Mehrheit der Mandate verfügenden Unionsfraktion nahezu unüberbrückbare Gegensätze aus. Nach zahllosen Koordinationsgesprächen, in denen PETER HORN als Obmann der Fraktion auf dem Feld der Sozialpolitik eine Schlüsselrolle spielte, gelang es dann im November 1956, für die entscheidenden *Dynamisierungsparagrafen* einen Kom-

¹⁰ So der Berichterstatter des Ausschusses für Sozialpolitik am 16. 1. 1957, BT-Prot. Bd. 34, S. 10181.

promiß zu finden, der für die Gesamtfraktion tragbar war und in die verabschiedeten Gesetze Eingang gefunden hat.

Demnach blieb es, was die *Erstfestsetzung* der Rente betrifft, bei der automatischen Hochrechnung aller Beitragswerte auf das aktuelle Lohnniveau. Wie im Regierungsentwurf vorgesehen, wurde das aktuelle Lohnniveau als gleitender Dreijahresdurchschnitt der Bruttoverdienste aller Versicherten definiert, seine Auswirkung auf das Rentensystem jedoch durch Zwischenschaltung eines Karenzjahres verzögert (§§ 1255, 1256 RVO). Dieser vergrößerte time lag zwischen Renten- und Lohnentwicklung senkte das Rentenniveau unter die ursprünglich vom Sozialkabinett angestrebte Höhe und dämpfte die Befürchtung, daß die Millionen Rentner die Tarifikämpfe verschärfen könnten. Am Rande spielte auch der Gedanke herein, der time lag könne eine konjunkturglättende, antizyklische Wirkung haben. Das in dieser Form als »allgemeine Bemessungsgrundlage« erfaßte aktuelle Lohnniveau erhielt auch für die *periodische Anpassung* der laufenden Renten Bedeutung: »Bei Veränderungen der allgemeinen Bemessungsgrundlage werden die Renten durch Gesetz angepaßt« (§ 1272 Abs. 1 RVO). Hingegen wurde diese Lohnbewegung nicht als Bezugsgröße der Anpassung festgeschrieben: »Die Anpassung hat der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktivität sowie den Veränderungen des Volkseinkommens je Erwerbstätigen Rechnung zu tragen« (§ 1272 Abs. 2 RVO).

Die Bundesregierung wurde verpflichtet, dem Parlament jährlich über die Entwicklung dieser volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen zu berichten (worin übrigens ein wichtiger Ansatz zur gesetzlichen Institutionalisierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik lag) und zugleich – unter Vorlage des Gutachtens eines beratenden »Sozialbeirats« – einen Anpassungsvorschlag zu unterbreiten (§ 1273 RVO). Hatte der Regierungsentwurf sich für eine automatische Anpassung, wenn auch in großen Zeitabständen, entschieden, so war die Automatik nun durch die Zwischenschaltung des Gesetzgebers und die Variabilität des Anpassungsmaßstabs stark abgeschwächt. Andererseits führte der Gesetzesbefehl, jährlich ein Anpassungsverfahren in Gang zu setzen, über die traditionelle Regellosigkeit der Ad-hoc-Gesetzgebung hinaus: Man wählte eine Art *halbautomatischer Lösung*, die dem Gesetzgeber Spielraum belassen sollte, aber zugleich kräftige Hebel für eine jährliche Anpassung der Renten an die Wirtschaftsentwicklung bereitstellte. Damit diese Hebel wiederum nicht zu stark seien, führte der Unionskompromiß eine als Notbremse gedachte Revisionsklausel (§ 1257 RVO) ein, wonach die »allgemeine Bemessungsgrundlage« in bestimmten Fällen von der realen Lohnentwicklung abgekoppelt und also durch den Gesetzgeber festgelegt werden konnte.

Dieser unter größten Mühen zustandegekommene Kompromiß überdeckte *gegensätzliche Zukunftserwartungen*. In der Sicht der Gegner einer bruttolohnbezogenen Rentendynamik hielt er genügend andere Gestaltungsmöglichkeiten offen; umgekehrt nahmen die Befürworter an, daß das Instrument der allgemeinen Bemessungsgrundlage sich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit als der entscheidende Anpassungsmaßstab durchsetzen werde. Tatsächlich hat die Gesetzgebungspraxis zweier Jahrzehnte zu einer solchen De-facto-Automatik geführt.

- 25 Während es also der Unionsfraktion im Verlauf des November 1956 gelang, diese Linie eines Kompromisses zu finden, stieß sie bei den *Koalitionsfraktionen* DP und FVP auf hinhaltenden Widerstand. Diese Parteien sahen in dem Unionskompromiß eine zu starke Konzession an die Befürworter der Rentendynamik. Wie hart in den interfraktionellen Verhandlungen der Koalition gerungen wurde, möge ADENAUERS eigener Kommentar illustrieren: Er sei »fast verrückt« geworden angesichts der »ungeheuren Schwierigkeit«, die Koalition in dieser Sache unter ein Dach zu bringen¹¹.

2. Ausschuß- und Plenarberatungen des Bundestags

- 26 Der Bundestagsausschuß für Sozialpolitik arbeitete unter dem Vorsitz von WILLI RICHTER (SPD) und JOSEF ARNDGEN (CDU) mit höchster Intensität und schloß nach 42 Sitzungen am 21. 12. 1956 seine Beratungen über den Gesamtbereich der Reform ab, die neben den neuen Berechnungsverfahren das Leistungsrecht der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung umfassend vereinheitlichte, vielfach änderte und durch neue Leistungsarten ausbaute. Die *Ausschußfassung*, die sich dann im Plenum in allen wesentlichen Punkten behaupten konnte¹², schwächte das Prinzip der Rentendynamik im Sinne des oben (Rz. 22) dargelegten Unionskompromisses ab. Sie führte bei den Angestellten wieder eine Versicherungspflichtgrenze ein, die als letzter Rechtsunterschied zwischen den sonst einander völlig angeglichenen, jedoch in zwei getrennte Gesetze gefaßten, auch finanziell selbständigen Versicherungen für Arbeiter bzw. für Angestellte verblieb.
- 27 Der Ausschuß senkte die Altersgrenze für Frauen, die in den letzten 20 Jahren überwiegend versicherungspflichtig waren, von 65 auf 60 Jahre, erhöhte den Witwenanteil an der Rente des verstorbenen Mannes von 50 % auf 60 %, und verbesserte die im Regierungsentwurf vorgesehene Regelung rentensteigernder Ausfallzeiten. Der Ausschuß übernahm die wesentlichen Finanzierungsvorschriften des Regierungsentwurfs: Erhöhung des Beitragssatzes von 11 % auf 14 %, Zusammenfassung des Bundeszuschusses in eine Pauschalsumme, die sich im Maße der »allgemeinen Bemessungsgrundlage« verändert. Die Hinwendung zum Umlageverfahren geschah nur ansatzweise: An die Stelle des Anwartschaftsdeckungsverfahrens trat ein Abschnittsdeckungsverfahren, das praktisch darauf hinauslief, daß stets ein Vermögen in Höhe einer Jahresausgabe vorhanden sein mußte.
- 28 Die abschließenden Beratungen des Reformwerks im *Bundestagplenum* sind als »Rentenschlacht« in die Parlamentsgeschichte eingegangen. Vier volle Beratungstage, vom 16.–21. 1. 1957, beanspruchte diese längste Debatte, die das Bonner Parlament bis dahin geführt hatte. Wie die DP und die FVP identifizierte sich auch die (seit Februar 1956 in Opposition stehende) FDP aus prinzipiellen Bedenken gegen die Rentendynamik nicht mit der Grundkonzeption

11 Adenauer im Bundesparteivorstand der CDU, 23. 11. 1956; vgl. BUCHSTAB (Hrsg.), Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen«. Die Protokolle des CDU-Bundesparteivorstandes 1953–1957, 1990.

12 Synopse der Ausschlußfassung und der Beschlüsse des BT in 2. Lesung: BT-Drs. 2/3115.

der Ausschußfassung. Nach dem Verständnis der SPD griff der reformerische Elan der Ausschußfassung hingegen entschieden zu kurz. Augenfälliger als in den eher auf Kompromisse zielenden Ausschußverhandlungen suchte die SPD im Plenum daher mit insgesamt 156 Änderungsanträgen ihre weiterreichenden Reformziele zur Geltung zu bringen: stärkere Aktualisierung der »allgemeinen Bemessungsgrundlage«, automatische alljährliche Anpassung der laufenden Renten, Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte, höhere Steigerungssätze und höhere Bundeszuschüsse, Rente nach Mindesteinkommen, stärkere Ausdehnung der Rehabilitationsleistungen, um nur die wichtigsten Änderungswünsche zu nennen. Da das Antragsbombardement der sozialdemokratischen Fraktion in nur wenigen Randpunkten Erfolg hatte, blieb ihre Zustimmung zu den Gesetzen bis zum Schluß fraglich.

Auf einem mittleren Kurs zwischen der betont konservativen Seite des Hauses und der betont reformerischen sozialdemokratischen Opposition bestimmte maßgeblich die *Unionsfraktion* das Ergebnis des parlamentarischen Entscheidungsprozesses; gemessen an den ursprünglich weit auseinanderklaffenden Meinungen operierte sie zuletzt mit bemerkenswert großer Geschlossenheit. In der Nacht zum 22. 1. 1957, nach fünfzehnstündiger Schlußdebatte, verabschiedete der Bundestag die Neuregelungsgesetze. Alle Abgeordneten der CDU/CSU, der FVP und auch – nach dramatischer Sondersitzung der Fraktion – der SPD stimmten zu. Die FDP lehnte geschlossen ab, die DP enthielt sich größtenteils der Stimme. Nachdem der Bundesrat am 8. 2. 1957 einstimmig zugestimmt hatte, traten die Gesetze rückwirkend zum 1. 1. 1957 in Kraft¹³.

VII. Bilanz

»Bisher ist kein Beispiel dafür bekannt«, so resümierte ein demoskopisches Institut am Ende der 50er Jahre, »daß irgendein Gesetz, eine Institution oder sogar Verfassung und Symbole des Staates auch nur annähernd so *positive Resonanz* gehabt haben wie die Rentenreform«¹⁴. Demoskopischen Ergebnissen zufolge trug die Rentenreform erheblich zu dem Wahlsieg der führenden Regierungspartei im Bundestagswahlkampf 1957 bei¹⁵. Für ADENAUERS Entscheidung, mit Macht auf diese Reform zu drängen, war der Blick auf die Wahl ohne Zweifel wichtig. Aber es ging doch auch um das weiterreichende Ziel, die Gesellschaft durch sozialpolitische Integrationsklammern zu stabilisieren, Spannungen zwischen den Generationen abzubauen, auch darum, die Bundesrepublik für die Bevölkerung der DDR attraktiv zu halten.

Die Reform erhöhte die damals laufenden Renten im Durchschnitt um rund 60 %¹⁶. Das war ein Stück nachholender Gerechtigkeit für eine Schicht, die bis dahin im Schatten des Wirtschaftswunders gestanden hatte. Darüber hinaus suchte die Reform den traditionellen Zirkel von Alter und Armut grundsätzlich und auf Dauer zu durchbrechen, indem sie die Dynamik der Wirtschaft auf-

13 ArVNG vom 23. 2. 1957 (BGBl. 1957 I S. 45); AnVNG vom 23. 2. 1957 (BGBl. 1957 I S. 88); Übertragung der Reform auf den dritten Zweig der RV: KnVNG vom 21. 5. 1957 (BGBl. 1957 I S. 533).

14 BABI. 1960, S. 66.

15 SCHMIDTCHEN Die befragte Nation, 1959, S. 166 f.

16 Sozialbericht 1958 (BT-Drs. 3/568).

nahm in das Recht derer, die nicht mehr im Erwerbsprozeß stehen. Mit diesem *Strukturwandel* des Rentensystems war ein *Funktionswandel* der Rente – vom Zuschuß zum Lohnersatz – verbunden.

- 32 Freilich enthielten die Reformgesetze auch dilatorische *Formelkompromisse*, so daß viel auf die Gesetzgebungspraxis der folgenden Jahre ankam. Auch barg die Reform eine bedenkliche Komponente: Indem sie die Differenzierung des Marktes stärker als zuvor auf die Rentenhöhe übertrug, rückten Dauer und Erfolg der Erwerbstätigkeit in den Rang einer zentralen Kategorie für die Zurechnung sozialer Leistungen. Damit kam das liberale Leistungsprinzip in einer Weise zur Geltung, die all diejenigen benachteiligte, die während ihrer Erwerbs- und Beitragszeiten überwiegend in strukturell weniger begünstigten Gebieten oder in unterbezahlten Berufen gearbeitet haben oder – wie lange Jahrzehnte bei *Frauenarbeit* – Lohnabschläge hinnehmen mußten. Ganz unberücksichtigt blieb die von Hausfrauen und Müttern geleistete Arbeit. Die Rentenversicherung blieb auf die voll erwerbstätigen Arbeitnehmer zugeschnitten. Für sie hat die Rentenreform 1957 dem Alter den materiellen Schrecken genommen.